

Dresdner Volkszeitung

Hauptkontos: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Kontos: C. K. K. Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Nordstadt und Dresden-Südstadt

Abdruckpreis: die 8spaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 6spaltige Nonpareilzeile 1600.— M., auswärts 1800.— M., Westland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Dreifachdruck 150 M.

Abdruckpreis: die 8spaltige Nonpareilzeile 400.— M., auswärts 500.— M., die 6spaltige Nonpareilzeile 1600.— M., auswärts 1800.— M., Westland 2400 u. 7600 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangehörige, Stellen- u. Mietzeile 40 Proz. Rabatt. Für Dreifachdruck 150 M.

Nr. 92

Dresden, Freitag den 20. April 1923

34. Jahrg.

Sieg der Devisen-Patrioten

Westen ist der Dollar weiter emporgeklüftet und hat die 30.000-Mark-Grenze überschritten. Von gewissen Kreisen, die ein Interesse an dem Emporkommen des Dollars haben, wird ein ganz unerhörtes Spiel mit dem Schicksal des deutschen Volkes getrieben. Eine mehr oder minder große Zahl von Devisenpatrioten hat sich vereinigt, um die von der Reichsbank begonnene Markstützungsfaktion zum Heil des eigenen Geldbeutels zu unterbrechen. Die Rolle, die die Reichsbank dabei spielt, ist bisher keineswegs klar. Es wird versichert, daß die Reichsbank stark genug wäre, um die Stützungsfaktion durchzuhalten. Man sei nur zu einer „beweglicheren Taktik“ übergegangen. Man will, so heißt es in der Presse, warten, bis die Verkäufer ihre Kräfte erschöpft haben und dann werde die Reichsbank wieder eingreifen.

Man wird so sehen, was bei dieser beweglichen Taktik der Reichsbank herauskommt. Wir fürchten sehr, daß der Dollarkurs, wenn überhaupt wieder eine Stabilisierung gelingt, höher bleiben wird als bisher, und so wird für die Leute, die so dringend ein Steigen des Dollars gewünscht haben, der Zweck der Übung erreicht sein. Sie werden von den Schuldverlegenden, in denen sie sich infolge des Volatilitätskurzes befinden, befreit sein und werden große Konjunkturgewinne einfahren. Die Arbeiter und Angestellten werden aber weichen- und monatelang zu kämpfen haben, ehe sie mit ihren Löhnen und Gehältern den Preisvorsprung eingeholt haben. Wenn wirklich die Reichsbank der Devisenspekulation entgegenzutreten will, wäre es da nicht das wirksamste Mittel gewesen, den Kurs des Dollars zu halten? Dann hätten die Spekulantengelenken, daß ihnen das Devisenhandeln nichts nützt. Die Dollarhaufen wird vielen die Möglichkeit geben, ihre Bestände mit großen Gewinnen zu verkaufen, sie wirkt also wie eine Prämie für die Devisenspekulanten.

Im Reichstag richtete gestern Genosse Herz ebenso scharfe wie berechtigte Angriffe gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und gegen die Reichsbank. Über auch von bürgerlicher Seite hat es an entriesteten Worten über unfre Devisenpolitik nicht gefehlt. Der Reichswirtschaftsminister Becker erklärte, daß kein Wort scharf genug sei gegen das Treiben derjenigen, die jetzt diesen Einbruch in die Politik der Reichsbank verurteilen haben, und der Zentrumsgewaltigen Effert wies auf den Mißerfolg der Dollaranleihe hin. Der Mißerfolg dieser Anleihe hat freilich zur Genüge gezeigt, wie wenig die Großkapitalisten bereit sind, an der Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mitzuwirken, weil sie gerade dann gute Geschäfte machen, wenn das Chaos in unserer Wirtschaft fort dauert.

Unendlich viele Artikel haben wir in den letzten Jahren in der bürgerlichen Presse gelesen, die angefüllt waren mit Klagen über die üblen Zustände, unter denen wir angezogen infolge der Revolution leiden. Aber wie haben es die Kreise getrieben, deren Interesse diese Klagen vertreten? Jeder Versuch, Ordnung in das wirtschaftliche Chaos zu bringen, ist bei ihnen auf Widerstand gestoßen. Von der Erschaffung der Sachwerte wollten sie nichts wissen. Für die von der Sozialdemokratie verlangten Maßnahmen zur Bekämpfung der Devisenspekulation sind sie lange Zeit ebenso wenig zu haben gewesen wie für eine zweckmäßige Wirtschaftspolitik, weil dadurch ihr Profit beschränkt wird. Im Februar, als die Dinge gar zu schlimm zu werden drohten, unternahm die Reichsbank auf Veranlassung der Regierung Cuno ihre Stützungsfaktion. Da hat man sich zunächst überall, wo es nur ging, mit allen Kräften gegen den Preisabsatz gestäubt, der durch eine Festigung der Mark herbeigeführt werden sollte. Die letzte Steuervorlage haben die bürgerlichen Parteien so abgelehnt, daß die Weisungen sehr yeshont werden. Als die Regierung die Dollaranleihe auflegte, behielten viele Kapitalisten ihre Devisen lieber in der Hand, ehe sie die von ihnen eignen Vertretern in der Regierung eingeleitete Markstützungsfaktion unterstützten, und jetzt nun dieser so gut gelungene Ansturm gegen die Stützung der Mark.

Wir Sozialdemokraten sind uns nie darüber im unklaren gewesen, wie wenig bei den Kapitalisten auf all die schönen Redensarten von Patriotismus usw. zu geben ist. Wir haben nie erwartet, daß die Kapitalisten freiwillig Opfer für die Gesamtheit bringen. Aber was ist das für eine widerliche Seufzerei, wenn die politischen Klopffischer des Kapitals immer wieder in ein lautes Enttäuschungsgeheul ausbrechen, sowie ein Sozialdemokrat, wie das der Genosse Heigener im Landtage getan hat, die Dinge beim richtigen Namen nennt. Die Kampfweise der kapitalistischen Politiker kann freilich nicht anders als innerlich unehrlich sein, mag auch der einzelne Politiker selbst guten Glaubens sein. Die ganze kapitalistische Wirtschaft steht so im Widerspruch mit den sittlichen Grundsätzen, die die Vertreter der bestehenden Gesellschaftsordnung in Wort und Schrift vertreten, daß der Widerspruch zwischen Lehre und Wirklichkeit immer wieder hervortreten muß. Deshalb kann es auch der Arbeiterklasse so gleichgültig sein, wenn bürgerliche Zeitungen und Politiker Sozialdemokraten Mangel an Patriotismus vorwerfen. Die Herren aus dem kapitalistischen Lager sind nicht geeignet, uns Lehren zu erteilen.

Die Reichsregierung hat jetzt hoch und heilig versprochen, daß sie alles tun wird, um die Markstützungsfaktion fortzuführen. Ob sie das Versprechen halten kann, wird man sehen. Wie so oft wird jetzt davon geredet, daß eine weit-

gehende Einschränkung der Einfuhr stattfinden soll. Wie notwendig eine Einschränkung der Einfuhr ist, haben wir oft genug auseinandergelegt, so daß wir darüber kein Wort zu verlieren brauchen. Aber zu den Verheißungen der Regierung können wir nur sagen: Die Volkshörner hören wir wohl, aber uns fehlt so lange der Glaube, bis wir die Taten der Regierung sehen haben. Wenn auch der Herr Becker jetzt scharfe Worte gegen die Devisenspekulation im Reichstag gebraucht, so wird daran nichts geändert, daß sowohl er als auch der Reichsfinanzler Cuno ausgeprochene Vertrauensleute des Kapitals sind. Und deshalb kann man von diesen Leuten keine Politik erwarten, die den Kapitalmagnaten von der Großindustrie unangenehm ist.

Die Sozialdemokratie für die Stützungsfaktion

Anlässlich der Beratung des Wirtschaftsetats hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion durch den Genossen Dr. Herz folgende Forderungen zur Markstützung erhoben:

1. Aufrechterhaltung der Stützungsfaktion auf der vor dem Einbruch erreichten Höhe.
2. Ausbesserung der Devisenverordnung, und zwar:
 - a) durch Verbot des Kaufes ausländischer Effekten;
 - b) Unterstellung der Banken unter die Kontrolle, die die Devisenverordnung für jeden anderen Kaufmann vorsieht;
 - c) Anmeldepflicht für Devisenbestände.
3. Fortsetzung der rein spekulativen Gelbauung für Devisenzwecke durch:
 - a) scharfe Kreditbeschränkung;
 - b) durch scharfe Einschränkung des Reichsbankdiskonts;
 - c) durch Gewährung von Krediten nur gegen Uebernahme des Ausdrucks durch die Reichsbanknehmer. Vereinarbeitung mit der Reichsbank, größere Kredit nur auf Vorbehalt gegen Gold zu geben. Nachteile für alle Reichskredite.
4. Wirtschaftspolitische Maßnahmen:
 - a) Einschränkung der Luxus-einfuhr;
 - b) bei weiterem Steigen des hohen Dollarurses Herabsetzung der Ausfuhrabgaben auf die Höhe vor dem 1. Januar, Wiedereinführung der Rohsteuer, falls der Freilassbau nicht vorgenommen wird;
 - c) Wiedereinführung der Freilassen für die Ausfuhr.
5. Ordnung der Finanzen des Reiches durch scharfe Erfassung des Besitzes.

Die Maßnahmen der Regierung

Berlin, 19. April. Der Reichskanzler hatte im Laufe des heutigen Tages Besprechungen mit den Führern aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, über die Stützungsfaktion. Er machte Mitteilung darüber, was bisher zur Stützung der Mark von der Regierung geschehen ist und was sie weiter zu tun gedenkt, und nahm Anregungen der Parteiführer entgegen. Es ergab sich in diesen Besprechungen volle Uebereinstimmung.

Berlin, 20. April. Als Ergebnis der gestrigen Besprechungen des Reichskabinetts mit führenden Berliner Parteiführern weiß das B. L. mitzuteilen, daß die Reichsregierung

von der Einrichtung einer Devisenzentrale absieht, wegen der schlechten Erfahrungen, die man in Wien und Budapest mit solchen Einrichtungen gemacht hat. Auf die Nichtanmeldung von Devisenbesitz sollen hohe Strafen gesetzt werden. Die Bankiers stellen der Reichsregierung ihre Mitwirkung bei den Maßnahmen zur Stützung der Mark in vollem Umfange zur Verfügung. Nach einer weiteren Information des Volkes soll die Reichsregierung im Notfall bereit sein, gewisse Mengen ihres Goldbestandes für die Stützung der Mark zu verwenden.

Bürgerliche Arbeiterfeindschaft

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Im Haushaltsausschuß des Reichstages steht zur Zeit der Etat des Reichsarbeitsministeriums zur Beratung. Untere Genossen nahmen auf Grund zahlreicher ihnen zugegangener Mitteilungen aus dem alt- und neubezogenen Gebiet über ausgeübte Entlassungen von Arbeitern und Angestellten die Gelegenheit wahr, um sich dieser im Kampfe stehenden Arbeiterfeindschaft, die dadurch nicht nur ihres Arbeitsplatzes, sondern auch jeder Sicherung ihrer Existenz für die Zukunft beraubt sind, anzunehmen, und beantragte, die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, durch das den seit Beginn der Ruhrbesetzung im neu- und altbesetzten Gebiet entlassenen Arbeitern und Angestellten das Recht auf Wiedereinstellung und Weiterbeschäftigung in allen nicht vollkommen stillgelegten Betrieben gewährleistet wird. Weitere Kündigungsgesetze und Entlassungen sollen während der Dauer der Ruhraktion nicht ausgesprochen werden dürfen.

Zur Begründung dieses Antrags wurde von unsern Genossen darauf hingewiesen, daß das Reich für die Opfer der Entlassungen aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge erhebliche Summen aufbringen müsse, daß dieselben Mittel aber im Wege der Lohnsicherung dafür verwendet werden könnten, den Arbeitnehmern ihren Arbeitsplatz zu sichern und sie im Betrieb zu halten. Wenn man den Unternehmern auf dem Wege der Lohnsicherung und Kostensparnissen entgegenkomme, dann haben die kämpfenden Arbeiter und Angestellten zum mindesten einen ähnlichen Anspruch auf Schutz. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen sprachen sich wohl für die Tendenz des Antrags aus, brachten aber schließlich einen Gegenantrag ein, der lediglich den Entlassenen ein Vorkaufsrecht auf Wiedereinstellung gewährleisten wollte. Damit wäre aber nicht nur den weiteren Entlassungen nicht vorgebeugt, sondern auch den Unternehmern ungehindert die Möglichkeit gegeben, unliebsame Arbeiter und Angestellte auf dem Wege über die Ruhraktion loszuwerden. Mit sämtlichen bürgerlichen Entschieden wurde der sozialistische Antrag daraufhin abgelehnt und der bürgerliche Antrag angenommen. Damit haben die bürgerlichen Parteien bewiesen, daß ihre Freundschaftsbefindungen für die kämpfenden Arbeiter nur leere Phrasen sind, und daß sie in dem Augenblick verlogen, in dem aus Worten Taten werden sollen.

Die Arbeitslosenkonflikte im Westen

Essen, 19. April. (Fig. Drahtber.) Die Mittwoch-Demonstration der Rotstandarbeiter und Erwerbslosen in Mülheim an der Ruhr hat bis spät in die Nacht hinein fortgedauert. Am Donnerstag früh sind drei Waffengeschäfte geplündert worden; die Demonstranten konnten sich zum Teil mit Waffen versehen. Die Stadt wird durchstreift. Man sucht nach den Kriminalpolizisten, die am gestrigen Tage geschossen haben sollen. Automobils, Fuhrwerke und Straßenzüge werden angehalten. Die Geschäfte sind geschlossen. Der Straßenzugverkehr ist vollständig eingestellt.

In Essen fand am Donnerstag früh ebenfalls eine Demonstration statt, die in einer zum Mittwoch ebenfalls eine Demonstration einberufenen Versammlung beschlossen worden war. Auch hier zeigte sich wieder, daß sich unter den Demonstranten ein großer Teil unruhiger Elemente befand. In dieser Versammlung wurde u. a. auch beschlossen, das Rathaus, das Arbeitsamt und das Polizeihaus zu beschießen, falls diese Maßnahmen nicht Erfolg brächten. Es wurde den Demonstranten empfohlen, sich mit Baumstämmen und Steinen für den Angriff zu bewaffnen. Sollte die Aktion nicht gelingen, dann war beabsichtigt, sich mit Baumstämmen und Steinen zu bewaffnen und ihnen die Arbeitskräfte der Rotstandarbeiter und Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen. Die Hauptforderungen der Rotstandarbeiter sind: eine einmalige Ausgleichezulage von 100.000 M. für Verheiratete, und für Ledige von 100.000 M.; für die Arbeitslosen eine Unterstützung von 10.000 M. pro Tag, außerdem für die Frau 1000 M. und für jedes Kind 500 M. Zulage. Die Entlohnung der Rotstandarbeitern erfolgt nach dem Tarif der Verheirateten, die Städtevereinigungen im Ruhrgebiet hat jedoch beschlossen, den Rotstandarbeitern eine soziale Zulage zu gewähren, die für verheiratete Arbeiter ohne Kinder 4000 M., mit einem Kind 5000 M., mit zwei Kindern 6000 M. und mit drei und mehr Kindern 7000 M. wesentlich betragen soll. Mit dieser Unterstützung erhalten die Rotstandarbeiter höhere Löhne, als die in Arbeit befindlichen Bauarbeiter.

Die Stadtverwaltung in Essen hat im Einverständnis mit den Arbeiterorganisationen Maßnahmen getroffen, um das Rathaus zu schützen. Als die Demonstranten am Donnerstag um dieses Selbstschutz der Stadt erfuhren, versammelten sie sich in einem größeren Lokal. Es fanden Verhandlungen mit der Stadtverwaltung statt, und heute abend soll eine Kommission nach Berlin zum Arbeitsminister fahren, um dort weiter über die Angelegenheit zu verhandeln. Die Führer der Demonstrationen, die sich aus kommunistischen und sozialistischen Elementen zusammensetzten, waren nicht mehr in der Lage, in der Versammlung die Massen zusammenzubringen. Sie wandten sich an die Stadtvorstände, Genossen Scheinböckel und den Gewerkschaftssekretär Meiler, und verlangten von ihnen, daß sie sofort mit in die Versammlung gehen sollten, um die Massen zu beruhigen. Beide Genossen lehnten dies jedoch ab und erklärten, daß sie nicht dafür haften, die von den Kommunisten und Syndikalisten aufgewiegeln Massen zu beruhigen.

Eine von den Syndikalisten in Mülheim gestern abend einberufene Versammlung hat beschlossen, einen 24stündigen Generalstreik auszurufen. Weitere Forderungen sind: 1. Sofortige Freilassung der Gefangenen. 2. Sofortige Bildung eines proletarischen Ordnungsdienstes durch alle Arbeiterorganisationen. 3. Sofortige Entlohnung des bürgerlichen Selbstschutzes. 4. Sofortige Entschädigung aller Verwundeten und Hinterbliebenen durch die Städte Mülheim in voller Lohnhöhe nebst freier ärztlicher Behandlung. 5. Sofortige Erfüllung der Forderungen der Arbeitslosen und Rotstandarbeiter.

Für den 21. April ist von den Kommunisten eine Erwerbslosenkonferenz nach Datteln einberufen worden. Die Konferenz soll allgemeine Forderungen und Richtlinien aufstellen. Diese erschütternden Vorgänge und Kämpfe deuten darauf hin, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet vor der schwersten Krise steht. Wenn nicht schnellst den Erwerbslosen genügend Hilfe wird und die gesamte Abwehrtaktik auf alle dringenden Notwendigkeiten eingestellt wird, so droht das Chaos. Ede man die Verurteilung der Elemente ausdrückt, die jetzt unter dem Deckmantel sozialistischer und kommunistischer Bestrebungen die blutigen Kämpfe führen, muß man auch die jetzige Lage im Ruhrgebiet kennen und die Gesamtsituation berücksichtigen. Da scheint sich auch ein schwerer Schuldkonto der Regierung zu ergeben, die weder die notwendigen Maßnahmen richtig erkannte und traf, noch auch ihre Gesamtpolitik den zwingenden Erfordernissen gemäß einstellte. Es muß jetzt schnellst eine andere Taktik befolgt werden, ehe die schwersten Gefahren Wirklichkeit werden. Ob überhaupt die Krise des Abwehrkampfes jetzt zu gutem Ende gelöst werden kann oder ob man erst durch die schwersten Wirren und Selbstzerfleisungen hindurch muß läßt sich von hier aus nicht erkennen. Klar ist nur, daß wir schweren Tagen und folgenschwersten Entscheidungen entgegenstehen.

Seite 8
21 354 377 419
752 783 78050
939 972 90115
36 603 672 087
686 718 83012
842 900 85019
87125 291 419
90 990 018 925
90 578 409 432
5 637 591 709
1 273 454 454
3 777 803 261
15 479 746 873
2 658 703 733
2 457 673 818
50 103163 499
20653 008 142
25 589 700 728
78 943 109061
2 761 784 889
3 199 223 321
29 914 114342
8 501 843 891
91 608 117098
635 722 784
690 171 856
2209 883 491
7 877 833 993
9 988 129067
656 787 915
384 844 415

Wolffs Telegraphisches Bureau berichtet über die Lage in Mülheim folgende drei Meldungen:

Mülheim, 19. April. Kommunisten, Sozialisten und Arbeitervereine haben die innere Stadt von Mülheim besetzt und die Stadtausgänge verbarrikadiert. Das Rathaus liegt unter dem Beschuss der Kugelhagel, die Wasserleitungen sind zerstört. Der Regierungspräsident verordnete an, daß Schutzpolizei von Duisburg nach Mülheim entsandt wird.

Mülheim (Rhein), 19. April. Die Erwerbslosen gehen heute vermittels wieder vor das Rathaus, das sie umringt halten. Die Beamten sind dort eingeschlossen. In den Straßen der inneren Stadt, die von den Demonstranten besetzt sind, wird ständig geschossen, auch auf das Rathaus und auf das Zimmer, in dem sich Oberbürgermeister Dr. Tempel befindet, fallen Schüsse. Ganze Straßenteile sind von dem Verkehr mit dem Innern durch die Demonstranten abgeschnitten.

Überfeld, 19. April. Die Lage in Mülheim ist immer bedrohlicher. Die innere Stadt ist vollkommen in den Händen von Kommunisten, Sozialisten und Verwerflichen. Es wird lebhaft geschossen. Der Regierungspräsident hat angeordnet, daß 100 Mann Schutzpolizei sofort von Duisburg nach Mülheim zur Verstärkung gezogen werden.

Severing und der Selbstschutz

Die Aufdeckung der deutschvölkischen Aufschwübe, die Verhältnisse in Bayern und sonstige reaktionäre Erscheinungen haben innerhalb der Arbeiterklasse die Auffassung hervorgerufen, daß jetzt endlich Selbsthilfe zum Schutze der Republik notwendig ist. Die Berechtigung zur Bildung derartiger Organisationen wird von den verschiedensten Seiten angezweifelt. Ein Redaktionsmitglied des Soz. Parlamentsdienstes nahm deshalb Gelegenheit, den für Preußen zuständigen Polizeiminister, Genossen Severing, darüber zu befragen, ob die in Wagnburg gebildeten Hundertschaften die Billigung des Ministeriums des Innern finden. Wir geben aus der Unterredung hier das Wichtigste wieder. Severing erklärte:

Aus den Erklärungen des Sprechers der Wagnburger Hundertschaften geht hervor, daß sie sich in voller Selbstständigkeit zeigen wollen, daß sie sich weder polizeiliche noch militärische Verfügungen anmaßen und endlich, daß sie vollständig unbewaffnet sind. Dadurch ist die Gewerbe gegeben, daß die Tätigkeit dieser Hundertschaften sich nicht gegen die Republik richtet und daß weder Verwaltungsorgane noch andere behördliche Einrichtungen in ihrer Tätigkeit von diesen Hundertschaften gestört werden. Trotzdem halte ich den Aufmarsch der Wagnburger Hundertschaften für bedenklich, und ich möchte wünschen, daß er nicht wiederholt wird. Was einer Partei gestattet wird, kann anderen nicht verweigert werden. Wir haben heute schon die dümmste Musterkarte von Hundertschaften, Turnvereinen, Wandervereinen usw. Abgesehen von den Geheimorganisationen der rechtsextremen Parteien, die sich in ihren Zielen und in ihrer Tätigkeit hinsichtlich von den Abteilungen der Wagnburger unterscheiden, wird in der Arbeiterklasse zur Bildung von Abwehrhelfern aufgerufen von der kommunistischen Partei, vom Ausschuss des Arbeiterkongresses oder, wie in Reichel, vom Ortsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Kommunisten propagieren Betriebs- und Gewerkschaftshelfer und werden unter den Mitgliedern aller Arbeiterparteien, sind aber beabsichtigt, die Führung selbst zu übernehmen. Schon die Aufstellung dieser Helferskräfte, die sich als politische Parteien und Interessengruppen einen Teil ihrer Mitglieder zu Hundertschaften organisieren und — beabsichtigt oder nicht — zur Anwendung von physischer Gewalt einsetzen. Der proletarische Selbstschutz als Organisation an sich kann in Zeiten größter wirtschaftlicher Not nur zur Verbesserung der Nothilfe und zur Vergegenwärtigung der Nothilfe beitragen. Wenn also auch an den besten Willen der Wagnburger nicht zu zweifeln ist, wenn im Gegenteil der gute Wille, die Republik gegen Feinde von „rechts“ und „links“ zu schützen, die höchste Anerkennung verdient, so halte ich es nicht für empfehlenswert, daß jeder Aufmarsch und jede Übung unterliebt, um nicht andere Gruppen zu gleichem Zwecke anzuregen und dadurch die allgemeine Verunsicherung unserer Zeit bis ins Ungemessene zu steigern.

Auf die Frage an den Minister, ob er es nicht für notwendig hält, den fest zusammengeschlossenen rechtsgerechtesten Organisationen gegenüber ein Gegengewicht durch die verfassungstreuen Gruppen des Volkes zu schaffen, erklärte er: Ich habe in verschiedenen Landestagen schon darauf hingewiesen, daß der Staat die Schutzhilfe der Republik und die feste Nothilfe für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung im engsten Zusammenhang aller ethischen Republikaner liegt. Der in den letzten Wochen erfolgte Zusammenstoß der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände ist ein nicht zu unterschätzender Aktivismus im Kampfe zur Verteidigung

der Verfassung und der Republik. Nicht auf die geräuschvolle Verbündung des Willens, die Republik zu schützen, kommt es an, sondern auf die Sammlung und praktische Verwendung aller vorhandenen Kräfte. Ich habe mich schon einmal, und zwar gerade in Wagnburg, gegen die Auffassung gewandt, daß Arbeitervereine und gewerkschaftliche Vorbereitungen gleichbedeutend seien mit wirklicher Kraft und Bereitschaft. Wir brauchen keine neue Resolution, wir brauchen keine neuen Formationen, wir brauchen keine Paraden und Demonstrationen — wir brauchen den Ausbau unserer politischen und wirtschaftlichen Verbände! Wir brauchen keine Maßnahmen, sondern Männer! Bereit sein — ist alles!

Nach allem, was wir bereits zur Frage des Selbstschutzes gesagt haben, können wir uns zu Severings Auffassung kurz fassen. Wir stimmen ihm bei, wenn er sagt, daß Arbeitervereine und gewerkschaftliche Vorbereitungen noch lange nicht wirkliche Kraft und Bereitschaft bedeuten. Wir stimmen ihm bei in der Auffassung, daß wir in Deutschland genügend Korporationen und Organisationen haben und neue das bunte Bild in einer unerfreulichen, immer unübersichtlicher werdenden Weise vermehren. Die Sozialdemokratie hat darum nichts dagegen, wenn alle fegeannten Selbstschutzorganisationen, Orchestervereine, Gewerkschaften usw. wirklich beseitigt würden. Aber das ist

Sozialdemokratische Wirtschaftskritik im Reichstag

387. Sitzung, Donnerstag, 19. April, nachm. 3 Uhr. Die zweite Beratung des Reichshaushaltplans wird mit dem Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt.

Hg. Dr. Herr (Soz.): Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist in hohem Maße ernst. Die Schwierigkeiten ergeben sich vor allem aus der Unübersichtlichkeit unserer inneren und äußeren Verhältnisse, aus der gewaltigen Abflutung, aus dem Schwereitigkeiten bei Beschaffung von Rohstoffen und Kapital, aus gewaltigen Preissteigerungen, der Arbeitslosigkeit und der erheblichen Kurzarbeit. All diese Schwierigkeiten haben sich infolge der Ruhezuführung bedeutend verschärft. Die Verschärfung unserer Wirtschaftslage in den letzten Wochen ist eine schwere.

Anfrage gegen die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Es ist nichts getan worden, um der durch die Ruhezuführung bedingten Erhöhung der Schwierigkeiten wirksam zu begegnen. Erst nachdem der Dollar im Januar auf 60 000 gestiegen war, begann die Vereinfachung des Devisenmarktes. Es handelte sich um die bitterste Lehre, die man sich überhaupt zu irgendwelchen Zeiten aufzuzählen, und dann mühte man sich jenen Vorschlägen zu erwehren, die wir bereits im Juli des vergangenen Jahres machten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Eingriff des Reiches in die Devisenbewirtschaftung wäre bei einem Dollarstand von 800 viel leichter gewesen als bei einem solchen von 60 000. (Sehr wohl! links.) Die ungeschickte Schädigung der Waise der Bevölkerung, die Vernichtung ihrer Kaufkraft wäre nicht in dem Umfange möglich gewesen. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien und des Reiches hat aber gezeigt, daß

privatkapitalistische Interessen auf der fallenden Währung für das Abwarten der Reichsgewalt entscheidend waren. Die inneren Preise haben sich rapide dem Dollarstand angeglichen, dadurch den Export unterbunden und ein neues Anknüpfen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit hervorgerufen. Von 0,6 im Juli 1922 stieg die Zahl der Arbeitslosen in den deutschen Provinzen bis auf 4,4 auf je 1000 Mitglieder im Januar 1923. Die Zahl der Kurzarbeiter wuchs im Dezember um 8,7 auf 13 Prozent im Januar an. Schon vor der Ruhezuführung hatten wir 2 Millionen Erwerbslose oder Kurzarbeiter. Trotz dieser schon vor der Ruhezuführung bestehenden schwierigen Situation wurde nicht gehandelt. Aber konnte weiter kampflos seinem Privatinteresse nachgehen. Minister Weder meinte am 16. Januar, unmittelbar nach der Ruhezuführung, aus der Forderung des Ruhrgebietes ergebe sich ein außerordentlich hoher Gewinn. (Hört, hört! bei den Soz.) Zur gleichen Zeit fast betonte er in einem Interview, aus diesen und anderen Gründen betrachten wir die angebotene Abschneidung des Ruhrgebietes mit Gemütsruhe. Diese Worte entsprachen keineswegs dem Gehalten der Einheitsfront und mählten die Empfindung hervorzurufen, als ob die Reichsregierung der Willkür der Devisenpolitiker, der Parteien und der Kräfte keinerlei Befürchtung aufsetzen würde. Diese Annahme wird durch das tatsächliche Verhalten des Ministers in der Frage der Waise und des Devisenmarktes gestützt. Trotz den steigenden Preisen glaubte er am 8. März in einem Vortrag erklären zu müssen, daß die Preissteigerung nicht durch Lohnrückgehungen auf neue in Bewegung gesetzt werden dürfe. Dabei könne

keine Erhöhung der Löhne eintreten.

bis heute den Behörden leider nicht gelungen! Eine unbefristete Lohnhöhe bleibt es, daß die sozialistische Arbeiterklasse sich mit Bildung von Selbstschutzorganisationen zurückgehalten hat bis in die Anfänge dieses Jahres hinein. Es ist Tatsache, daß dagegen die Feinde der Verfassung und der Republik seit Jahren mit Geheimverbänden, Abwehrorganisationen und militärisch organisierten Bänden, jenes Reich bewaffneter sozialistischer Organisationen über Deutschland hingehangen haben, in das gerade Severing kurz vor Ostern eingreifen mußte.

Die Regierung, die es angeht, und ihre Behörden müßen dafür sorgen, daß die sozialistischen, militärisch organisierten Verbände verschwinden — und die sozialistische Abwehrorganisation wird, wie der Antrag unserer Genossen im Bayerischen Landtage bewies, auf jeden Selbstschutz verzichtet. Fügen wir also Severings Äußerungen hinzu: Wir brauchen allerdings Männer, und zwar in den Regierungen; Männer, die, wie Severing es jüngst tat, die Gesetze zum Schutze der Republik mit Nachdruck anwenden und den Mut und die Energie haben, die immer frecher werdende, organisierte, bewaffnete Gegenrevolution in ihre Schranken zurückzuführen. Man fange in Bayern, Schlesien und Ostpreußen endlich damit an!

Das Arbeitsministerium war an diesen Erklärungen völlig unteilhaftig. Der Wirtschaftsminister hatte auf eigene Faust gehandelt. Erst nachher, dann Preisabbau, das ist der Standpunkt des Ministers, über den bei allen gewerkschaftlichen Organisationen große Empörung herrscht. Die Arbeiterklasse würde mit Freuden in einen Abbau der Papiergelddrücke einwilligen, wenn gleichzeitig deren Kaufkraft erheblich gesteigert werden könnte. (Sehr richtig! links.) Voraussetzung für den Preisabbau ist eine vorherige Preissteigerung. Es ist nicht wahr, daß die Waise den Preisabbau verhindern, sie bilden nur einen beschränkten Bruchteil der Erzeugungskosten, und machen nur 20 bis 30 Prozent des früheren Lohnes aus. Die Gewinnlust von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe hat den Preisabbau verhindert. (Sehr wohl! bei den Soz.) Wo in geringem Umfange ein Preisabbau vorgenommen wurde, erfolgte er stets auf Kosten des Lohnes und des Staates, aber nie auf Kosten des Profits. Der Abbau der Lohnsteuer, die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe, die Erhöhung der Umlagepreise und die nicht erfolgte Erhöhung der Preisen und des Wertes haben dem Reiche 2000 und mehr Milliarden gekostet, die es an die Wirtschaft gegeben hat, um einen Preisabbau zu erzielen. Trotzdem ist ein Preisabbau auch nicht annähernd in dem Maße erfolgt, wie die Löhne des Reiches gestiegen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Entwicklung ist vom Minister selbst eingeleitet worden. In einer von ihm herausgegebenen Verordnung vom 18. Dezember sind die Wiederbeschaffungskosten als Grundlage zur Preisberechnung genommen worden, was in der Praxis auf

eine Beschleunigung der Preissteigerungen

und eine Verlangsamung des Preisabbaus hinausläuft. Die Stützaktion hat an dieser Wirkung nichts ändern können, weil sie nicht, wie die sozialdemokratischen Pläne aus dem vorigen Jahre, ein gleichzeitiges Vorgehen auf dem Gebiete der Finanzpolitik, der Devisenpolitik und der Handels- und Zahlungsbilanz vorsah. Neben der Stützaktion forderten wir die Devisenkontrolle und Devisenkontrolle, handelspolitische und starke finanzielle Maßnahmen. An dem Widerstand der Interessenten, der auch hier in diesem Laufe starke Unterstützung fand, scheiterte die Durchführung dieser Pläne. Da man solche Maßnahmen unterließ, ist in Wirtschaftskreisen auch kein Glaube an die Dauer der Stützaktion aufgetaucht. Das wird begründlich, wenn man weiß, daß die Schulden des Reiches vom 10. Januar bis 10. März um 2,2 Milliarden auf 6,9 Milliarden gestiegen sind und sich der Notenumsatz in derselben Zeit um 1,4 auf 5,5 Milliarden erhöht hat. Das Defizit im Reichshaushalt ist in diesen drei Monaten von einigen hundert Milliarden auf mehr als ein halbes Tausend Milliarden angewachsen. Auch die Art der Kreditpolitik, insbesondere die Art, wie die Kredite für Ausgaben gegeben worden sind, hat wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen. Kredit ist in einem so ungeheuerlichen Umfange gegeben worden, daß man zu der Annahme kommt, Ertragungen hätten jetzt bei der Kreditabgabe die Rolle gespielt, wie sie seinerzeit Herrn Heffrich bei seiner Finanzpolitik während des Krieges gespielt haben. Den Abbau der Ausfuhrabgabe hatten wir im jetzigen Augenblick für unverantwortlich. Noch stärker sind unsere Bedenken gegen die Ausfuhrpreistilgung. Die Aufhebung einer Waise auf die Ausfuhrpreistilgung bedeutet, daß das Reich nicht mehr den Anteil an den Deviseneinkünften bekommt, auf denen die Stützaktion der Waise beruht hat. Das Entgegenkommen des Reiches ist von der Wirtschaft nur mit neuen Ansprüchen beantwortet worden. Infolge von 10 bis 2 und 5 bis 6 Uhr. Zwecks Bestimmung des Tages und Ansehens des Wages ist persönliche Vertretung unbedingt erforderlich, wobei die Abkommensartikeln gleichzeitig ausgedrückt wird. Die Ersaffung von „Voll in Rot“ ist wieder verschoben. Der neue Wochenplan findet für Dienstag, Morgen (Sonabend) wird wohl in die nächste Woche gegeben.

Leben • Wissen • Kunst

Das Verfahren gegen den Schauspieldirektor Willi

Heute (Freitag) vormittag 10 Uhr stand vor der Reichshauptmannschaft Dresden Verhandlung an dem von der Genossenschaft deutscher Bühnengenossen unabhängig gemachten Verfahren gegen den Direktor Paul Willi wegen Entziehung der Schauspielerschulung für das Reichstheater Schauspielhaus (Albert-Theater). Der Kläger wurde vertreten durch die Rechtsanwältin Wolf und Dr. Goldner, während für die Bühnengenossenschaft als Rechtsbeistand Justizrat Schlieffinger und der Präsident Ballauer von der Deutschen Bühnengenossenschaft erschienen waren. Als Sachverständige waren geladen: Graf Seebach, Dramaturg Dr. von Wild und Chorspielleiter Max Reich. Der Eintritt in die Verhandlung erklärte Rechtsanwältin Wolf, daß sein Mandant das größte Interesse habe, die Angelegenheit vor der breitesten Öffentlichkeit verhandelt zu sehen. Da aber die beiden Hauptbelastungszeugen, Fraulein Hammer, jetzt in Wiesbaden, und Fraulein Dammacher, zur Zeit in Charlottenburg, bisher überhaupt noch nicht gehört worden seien und man somit keine kaum zu einem Ende kommen würde, habe er, um nicht unnötig Zeit zu verlieren, sofort den Antrag, die Verhandlung zu verschieben und zu dem neuen Termin die beiden genannten Damen zu laden. Direktor Willi sei bereit, den erforderlichen Kostenersatz zu hinterlegen. Justizrat Schlieffinger schloß sich für die Bühnengenossenschaft dem Vertragsantrage an, zumal auch noch andere Zeugen zeigten, die unbedingt gehört werden müßten. Das Gericht hat darauf beschlossen, die Verhandlung auf Freitag den 11. Mai zu verschieben und in dem neuen Termin auch die Herren Professor Ferdinand Wolff, Kummer, Dr. Zimmermann und Wolfgang Schumann als Sachverständige über die künstlerische Qualifikation des Direktors Willi zu vernehmen.

Theater

Reichstheater Schauspielhaus. Das Publikum (mit Ausnahme natürlich des Bühnengenossenbundes), die ganze Presse, die eigene Künstlerwelt, darunter sogar Herr Reich, haben Herrn Paul Willi, Direktor des Reichstheater Schauspielhauses, viele Male laut und ungeschont kritisiert. Daß er für seine Waise zwar wenig tue, daß dieses Bemühen aber genüge, ein Institut in jeder Beziehung in Grund und Boden zu ruinieren. Den Vorwurf der Unfähigkeit kann Herr Willi nicht widerlegen, für sie hat er zu viel Karriere geleistet, die den Himmel stützen. Aber daß er, wenn auch nicht Qualitäts-, so doch Quantitätsarbeiter sei, das glaubt er von sich sagen zu können. Der Welt ist zum Beweise nicht nur darauf, daß er in der Welt herumreist, Schauspielern (und sich mit ihnen) engagiert, ihnen Vorreden macht, die er nie hält usw. — sondern er führt ins Feld auch seine dramaturgische Tätigkeit. Ganze Wagenlasten von ge-

schriebenen und gedruckten Stücken liegt und prüft er, so erzählt er allen denen, die nicht alle werden und ihm glauben. Man sieht ihn förmlich im Geiste im Innern eines riesigen Papierberges sitzen, den er mit Titanenkräften in Bewegung bringt. Und was geschieht der freudige Berg? S-u-b-e-r-m-a-n-n! Doch Willi der Schöne! Übermann! — Was in Gott, Ketzerei, Ketzerhölle und Hölle vor vielen Jahren jeder Soldatener sich an den Diefelöhnen abließ, das emstet nun auch der Direktor des größten Privattheaters in der schändlichen Bundeshauptstadt. Und triumphierend erklert er seinen Bühnenberg, schließt mit den Flügeln und läßt: Es gibt einen Subermann, der für die Waise handelt! Doch ihn und seinen!

Mit der „Eure“ begann es. „Stein unter Steinen“ stukt noch immer, und gellert über die des Gelpend „Deimat“ über die Dreiter, daß der jahreslang abgelaetzte Staub nur so aufwirbelte. Morgen geht wohl durch „Robanissener“ zum „Wald im Winkel“. Aber ein wirkliches Geschäft hat, daß am Schluß dieser Spielzeit „Sobom“ Ende“ steht. Dazu muß freilich eine hohe Konzeptionserteilungsbehörde das Stück wieder geben. Dann erst kann es im Reichstheater Subermann-Kempel wieder heißen: „Es lebe das Eden“.

Die „Deimat“ wurde gestern dem ganzen Hause zur Freude. Bei den hintersten moralischen Stellen gab es heitere Gelächter. Und bei der Verabredung der ständigen Belegungsstellen im vierten Akt erbeite das Haus innerlich vor Frohlichkeit, so daß erst ein deutliches „Eh“ den Hebel vor der Subermannischen Dramatik wieder herstellte. Weiterheit aber war hier wirklich die einzig angemessene Kritik. Mit Vergnügen sei noch berichtet, daß der Welt-Gana-Raber am Schluß durch Fischen der Weideleren erstickt wurde. Letztlich kann einem nur jeder, der für sich eine Kost gleich weggedorren hat, selbst tun einen vor allem die dort anwesenden Schauspielerei, die ihre Kräfte an solche übertriebene Schmarren verschenden müssen. Die meisten haben ihr Geldes, aber es blieb natürlich Subermann. Sie mögen sich bei Herrn Paul Willi bedanken, wenn die Hoffnungen, mit denen sie nach Dresden kamen, sich nicht erfüllen. X

Dresdner Kalender

Theater am 21. April. Oberhaus: Die Entführung aus dem Serail (7¼). Volkshaus Nr. 9490 — 9505. — Schauspielhaus: Der Wiberpenstige Rühmung (7¼). — Reichstheater Schauspielhaus: Voll in Rot (7¼). — Residenz-Theater: Don Cesar (7¼). Schauspielhaus. Ernst-Joseph Kuffrich hat seinen Vertrag mit Ablauf der Spielzeit 1922/23 mit dem Sächsischen Staatstheater gelöst und tritt in den Verband des neugegründeten Weimarer Theaterunternehmens „Die Truppe“ ein. Reichstheater Schauspielhaus. Die Direktion teilt mit, daß für die letzten Abonnementsvorstellungen noch gute Plätze auszugeben werden können, deren Erwerb Anspruch hat. Den jetzt genähten Gang nach für die neue Herbstspielzeit weiter zu behalten. Die Aufgabe der Abonnements endet zum 20. bis 20. April an der Tages-

Abgabe von 10 bis 2 und 5 bis 6 Uhr. Zwecks Bestimmung des Tages und Ansehens des Wages ist persönliche Vertretung unbedingt erforderlich, wobei die Abkommensartikeln gleichzeitig ausgedrückt wird. Die Ersaffung von „Voll in Rot“ ist wieder verschoben. Der neue Wochenplan findet für Dienstag, Morgen (Sonabend) wird wohl in die nächste Woche gegeben.

Reichstheater. Don Cesar (7¼) bleibt bis mit Freitag auf dem Spielplan. Sonnabend zum 1. Male Die Bajadere. Operette in 3 Akten von Julius Hammer und Alfred Grünwald. Musik von Emerich Kálmán, mit vollständig neuen Dekorationen und Kostümen.

Sonnabendbesuch in der Kreuzkirche. (6). Worte von Enrico Wolf, Hermann Junge, Karl Reineck, Franz Ries, Ernst Friedrich Richter. Mitwirkende: Der Kreuzchor. Solist: Fern. Glanz. Eintritt frei. Karte (50 M.) an den Kirchbüren.

Volkshauskiste. Kurze Warenkunde. Montag Beschäftigung der staatlichen Güterwerke Muldenhütte. Abfahrt Hauptbahnhof früh 6.20 Uhr.

Volkshauskiste. Der Beginn der Führungen in der Stulpuren-Sammlung von Dr. Walter Müller muß von Sonntag den 22. auf Sonntag den 28. April vormittags 9 Uhr verlegt werden. Zeitschmerken hierzu noch in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, L. geöffnet: Montag bis Freitag 10 bis 5 Uhr, Sonnabends 10 bis 2 Uhr, Dienstag und Donnerstags außerdem von 5 bis 7 Uhr nachm.

Kleine Mitteilungen

Die Internationale der Kunst. Der Meinung, daß wir das ganze belligere und feindselige Volk als Feinde uns gegenüberstellen sollten, so schreibt aus dem Haag Friedr. Marius Hüder, mögen ein paar Laien entgegengehalten werden, die in den letzten Tagen zu meiner Kenntnis kamen. In Antwerpen fand eine internationale Genossenschaftsversammlung statt, die deutschseits reichlich besucht war; die deutschen Einladungen fanden bei der Artikelliederes Interesse. In Brüssel ist die letzte Nummer der führenden Monatschrift „Revue“ der modernen deutschen Kunst erschienen; neben zahlreichen Abbildungen haben lange, verständnisvolle Worte des Künstlers André de Rudder. In Paris gibt die Verneinungszeitung Les nouvelles littéraires in jeder ihrer Nummern Mitteilungen und Würdigungen des heutigen deutschen Literaturlebens. Die letzte Nummer enthält einen von warmer Teilnahme getragenen Aufsatz über Fritz von Unruh. In der letzten Nummer der Unruh-Abhandlungen erscheint der deutsche Maler Jvo Hauptmann besonders ausführlich; zwei Monatshefte sindigen Artikel über ihn an. Der Verlag Rieder u. Co. gibt soeben die erste Nummer der Zeitschrift „Europas“ heraus, die Paul Golins leitet, und an der zahlreiche deutsche Schriftsteller zur Mitarbeit eingeladen sind. Sie kämpft für den europäischen Gedanken.

Das Reich hat trotz dem Außerordentlichen Ansehen durch die maßgebenden Wirtschaftskreise erfahren. Der erste Akt der Staatsfeindschaft der Besessenen zeigte sich bei der Dollar-Anleihe. Der Ergebnis ist der Beweis für den völligen Mangel an gutem Willen der Wirtschaftskreise zur Stützung der Reichs. Von den gezeichneten 50 Millionen ist ein erheblicher Teil mit Teufeln bezahlt worden, die vorher und nachher an der Fäule zurückgelassen wurden. Der zweite Akt der Staatsfeindschaft der Besessenen ist ihre Haltung zur Stützungsdaktion, die für viele eine gute Gelegenheit war, ihre Devisenbestände zu vergrößern. Nicht die feindlichen Ausländer haben Deutschland so empfindlich geschädigt, sondern feindliche Deutsche. Viele Markbeträge wurden im Ausland zu sehr nationalen Kreisen verkauft, die sonst für den Widerstand bis zum Allerschlechtesten eintreten. Am Montag und Mittwoch dieser Woche erforderte die Antirevolution der Reichsbank insgesamt zwei Millionen englische Pfund. (Schäfer'sche Kauf bei den Soz.) Diese Spekulation auf den Sturz der Reichsbank ist durch das Verhalten der Reichsbank erleichtert worden, die die Kreditbewährung außerordentlich erleichtert. Daran trägt auch der Wirtschaftminister Schulz, der meinte, daß Kredit in sehr großem Umfang gegeben werden müßte. Scher hat

die Reichsbank ihre Marktschlacht verloren, weil der Ernst der ganzen Situation in den Kreisen der Regierung und der Reichsbank nicht in vollem Umfang erkannt wurde. Bewußtlich ist auch, daß die Reichsbank von dem Mittel der Verknappung des Kredits durch scharfe Diskontschönungen keinen Gebrauch gemacht hat. Wir fordern unter allen Umständen

die Fortsetzung der Stützungsdaktion und wenden uns gegen eine Diskontsenkung auf 25 000 bis 30 000. Das würde nicht nur ein Geschenk an alle Kreditnehmer der Reichsbank sein, sondern auch ein neues Anzeichen der Notendrucke zu raschem Lauf bedeuten. (Die vom Genossen Perry am Schluß seiner Rede vorgebrachten sozialdemokratischen Forderungen bringen wir an anderer Stelle.) Eine die Stützungsdaktion, durch neue Preissteigerungen, neue Kurven in unserem Wirtschaftskreislauf geföhrt wir am allermeisten die Aktion an der Ruhr. Wer sie bis zu dem Augenblick der Verhandlungsbereitschaft Frankreichs und Belgiens halten will, muß jetzt die Notwendigkeit einsehen, Wirtschaft und Finanzpolitik auf lange Sicht hinaus zu treiben. (Schäfer'sche Kauf bei den Soz.)

Reichswirtschaftsminister Dr. Reiser: Ich habe nicht das Bedürfnis, eine programmatische Erklärung zur Wirtschaftspolitik abzugeben in einem Augenblick, wo es gilt, dringende praktische Wirtschaftspolitik zu treiben, vor allem im Interesse wärsen Kampfes an der Ruhr. (Sehr richtig!) Der Wirtschaftminister darf niemals Wirtschaftspolitik für eine Gruppe treiben, sondern er ist eben Wirtschaftsminister für die ganze deutsche Wirtschaft. Doch eine Anklage gegen mich kommen würde, haben Sie wohl alle erwartet, daß sie allerdings vom Adg. Perry kommen

würde, hätte ich nicht geglaubt. Ein großer Teil seiner Anlage richtete sich gegen die Politik des Finanzministeriums. Die Frage, wie wir die Arbeitsfront stärken, sollten wir nicht in der Öffentlichkeit behandeln. Auch ich bin der Meinung, daß in der Kreditbewährung tatsächliche Fortschritt gelist werden muß, und ich will ohne weiteres zugeben, daß vielleicht hier und dort und sogar in weitem Umfang es vorgekommen ist, daß ein Kredit nicht ganz zu dem Zweck verwendet worden ist, zu dem er gegeben ist. Ohne große Kreditbewährung ist der Abwehrkampf an der Ruhr nicht zu führen. Der Kampf ist deswegen so fürchterlich schwer, weil die ganze Wirtschaft doch abgeknüppelt ist. Nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr ist unterbunden. Alles, was drüber gearbeitet wird, wird abgehängt von dem bescheidenen Absatz im besetzten Gebiet selbst, auf Lager gearbeitet, alle Ausgaben werden also aus der Tasche gemacht, in die fast nichts durch den Verkauf von Waren geflossen ist. Selbst bei den niedrigsten Löhnen kommt man täglich auf einen Betrag von vielen, vielen Milliarden. Wenn nichts eingehit für die gefertigten Waren, wozum sollen dann Löhne und Gehälter bezahlt werden? Woher sollen die Kredite anders kommen als aus dem großen Reservevorrat der Reichsbank? Die Reichsregierung erlaubt nur die allerniedrigste Pflanz, wenn sie diese Kredite gewährt, sonst wäre der Abwehrkampf in vierzehn Tagen zu Ende gewesen. (Sehr wahr!) Sein Wert ist stark genug gegen das Treiben derjenigen, die den neuen Einbruch in die Devisenpolitik der Reichsbank verstanden haben. Was dagegen geschehen kann, muß geschehen. Das Reichskabinett hat sich entschlossen, daß die Stützungsdaktion, wie sie bisher unternommen war, durchgeführt werden muß. Die Mittel dazu sollen zur Verfügung. Wir werden nicht vor den drakonischen Maßnahmen zurückweichen, die notwendig sind, um die Ruhr auf dem Niveau zu halten, das ein weiteres Anschwellen der Lebenshaltungskosten verhindert. Lassen Sie den Lohnpunkt stehen, aber drängen Sie die Preise herunter. Das Wirtschaftsministerium hat amangewiesene die Preise heruntergedrückt. Zur Erleichterung der Wirtschaft im besetzten Gebiet geschieht, was nur möglich ist. (Beif.)

Hr. Dr. Wierbeck (Dnat. Rp.): Wir müssen jetzt alle Antisemitische gegen den Feind an der Ruhr kämpfen. Wir unterstehen uns nicht allen Mitteln die Regierung an Hand, Gewerbe und Industrie stehen hinter der Regierung und unterstützen nicht die gestrige Deutung an der Berliner Börse. Die Ausnutzung der jetzigen Not, als die die Störung der Marktsituation betrachtet wird, ist Landesverrat schändlicher Art. Wenn unsere Wirtschaft gedeihen soll, dann darf nicht der Feind immer weiter belästert werden. Der Reich ist ja heute überall nahezu entwertet. Wir leben in dem Reichswirtschaftsminister die harte Persönlichkeit, der wir die Führung der deutschen Wirtschaft auf lange Zeit anvertrauen können. Wir haben zu ihm das Vertrauen, daß er die beiden Kräfte der Wirtschaft, Kapital und Arbeit, gemeinsam führen und miteinander versöhnen wird. (Beifall rechts.)

Weiterberatung Freitag 2 Uhr.

Eine internationale Konferenz für eine gemeinsame Handels- und Verkehrsprache hat am 2. April in Genévig stattgefunden. Zahlreiche Regierungen, die Handelskammern fast aller europäischen und vieler überseeischer Länder sowie andre große wirtschaftliche Körperschaften hatten Vertreter zu dieser Konferenz entsandt. deren Verhandlungen ausschließlich in der Weltwirtschaftsprache Esperanto geführt wurden. Das deutsche Reichsministerium des Innern und die Leipziger Neise waren durch Professor Dr. Dietterle, Leipzig, vertreten.

Blutige Kämpfe in China. Neuer militärischer Aktion: Die Truppen von Kwangsi, unter dem Befehl von Schantung, die von der Peking Regierung zum Bekämpfung der Militärregierung von Kwangtung ernannt worden ist, haben Canton angegriffen. Wäher haben die Truppen von Kwangtung die Angriffe abgelehnt. Der Kampf dauert fort.

Deutschwärtige Verleumdung. Das Deutschwärtige Abendblatt hat vor einiger Zeit behauptet, der kommunistische Reichstagsabgeordnete Steinbrück habe unter Rückwärts seiner Immunität und unter Umgehung gerichtlicher Vorschriften einen Nachtbetrieb in Berlin organisiert und persönliche Vorteile daraus gezogen. Reich hat das Abendblatt verklagt mit dem Erfolg, daß es alle Behauptungen zurückgenommen, sich zur Tragung der Gerichtskosten und zur Veröffentlichung der Abbitte bereit erklärt hat. Der beleidigte Abgeordnete hat den Vergleich im Reichstag auf den Tisch des Hauses niedergelegt.

Aus aller Welt

Lebensmangelnde Zwangsarbeit. Cöchem, 19. April. Das französische Kriegsgericht verhandelte gegen Steinbrück Arbeiter, weil sie den von Franzosen besetzten Kolonialgebiet angeblich mit Steinen beworfen hätten. Die Arbeiter sagten aus, ein Stein sei ihnen entfallen und abgerollt. Das Kriegsgericht beurteilte einen nicht erschienenen Arbeiter zu lebenslänglicher und zwei zu je sechsjähriger Zwangsarbeit.

Meuterei in der chinesischen Marine. Namer meldet: Die Mannschaft eines chinesischen Kreuzers und dreier Kanonenboote meuterten und ernannten den Admiral Wan-tien-chang zum Oberbefehlshaber, um gegen die Ernennung des Generals Sun-tuan-fang zum Militärgouverneur von Fujien zu protestieren. Der Marineoberbefehlshaber Admiral Tschuiwei trat zurück. Die Meuterei dehnte sich auf andre Schiffe aus. Der Militärgouverneur von Schanghai erhielt Befehl, Wan-tien-chang zu verhaften.

Die Raube der Schmuggler. Vor dem Hafen von Tampore hat sich eine nicht alltägliche Schmuggleraktion abgepielt. Der Küstenwache war ein Motorboot aufgesessen, das sich in verhänglicher Weise vor dem Hafen zu schiffen machte. Das Boot war geladert mit den beiden darauf befindlichen Schiffer als Alkohol- und Schmuggler an Bord des Polizeiboots gebracht. Als das Regierungsbuch sich wieder dem Hafen näherte, fiel der einzige Boote über Bord. Um ihn zu retten, begab sich der Kapitän mit über die Stellung und ließ sich dabei von den beiden verhafteten Schmugglern an den Reinen festhalten. Diese haben sich das nicht zweimal lassen, sondern gaben dem Kapitän einen freundschaftlichen Abschiedskopf, worauf sie, lebend laufend, mit dem Polizeiboot und dem beschlaggenommenen Alkohol verschwanden.

Einen Selbstmordversuch soll der deutschnationalen Abgeordnete Dr. Wacran, der seinerzeit auf Grund eines Indizienbemes wegen Spionage zu 4 Jahren schweren Kerker verurteilt wurde, in seiner Zelle im Prager Strafgerichtshaus unternommen haben. Er nahm eine große Menge Veronal zu sich, das ihm in kleinen Mengen als Schlafmittel von einem Arzt gegeben worden war. Nach vorgenommener Magenreinigung befreite sich in den Nachmittagsstunden der Zustand Wacrans. Er wurde gegen Abend aus dem Spital wieder in seine Zelle zurückgebracht. Als Grund der Tat hat Wacran in drei Abschiedsbriefen angegeben, er begehe Selbstmord, um seiner Frau die Pension zu sichern.

Neueste Telegrame

Der Konkurrenzkampf gegen die deutsche Industrie. rs. New York, 20. April. (Eig. Draht.) Der amerikanische Stahlkönig Schwab verlangte in einer Rede eine Verbindung zwischen den Industrien Englands, Frankreichs und Amerikas, um die deutsche Konkurrenz zu bekämpfen, vor allem durch Senkung der Produktionskosten. Die deutsche Industrie könne zwar in den nächsten Jahren nicht so wie vor dem Kriege hervortreten, sie mache sich aber bereits auf den auswärtigen Märkten unangenehm fühlbar.

Die neue Devisenordnung. rs. Berlin, 20. April. (Eig. Draht.) Die Vorbereitungen für die Notverordnung der Reichsregierung sind gut fortgeschritten. Als beteiligte Ressorts kommen in Frage: Das Reichsfinanzministerium, das Reichswirtschaftsministerium. Im engeren Einvernehmen mit der Reichsbank und der Reichsbank muß die Notverordnung im Laufe der nächsten Woche fertiggestellt sein. Ihr Inkrafttreten erfolgt durch Erlass des Reichspräsidenten. Einzelheiten der Verordnung stehen im Augenblick noch nicht fest.

Der Dollar 25 486,12

Berlin, 20. April. (Amlich.)

	20. 4.	20. 4.	19. 4.	19. 4.
	4cb	Brief	4cb	Brief
Amsterdam . . . 1 Gulden	9975.—	10025.—	11770.25	11820.50
Buenos Aires . . . 1 Peso	9251.81	9208.19	10647.56	11002.54
Kopenhagen . . . 1 Krone	498.50	481.50	5405.45	5433.85
Dänemark . . . 1 Krone	4802.98	4827.04	7730.62	8084.18
Schweden . . . 1 Krone	6807.93	6842.07	8635.87	7789.88
Schweden . . . 1 fin. Mark	633.25	701.75	887.90	824.10
Belgien . . . 1 Frank	1463.83	1471.17	1645.75	1704.25
Italien . . . 1 Lire	1254.55	1291.15	1471.81	1478.69
Konbon . . . 1 Bld. Sterl.	118702.50	119207.60	189850.—	140380.—
Frankfurt . . . 1 Tollar	20486.12	20418.88	29426.25	29578.75
Paris . . . 1 Frank	1630.78	1689.22	1970.06	1907.94
Schwiz . . . 1 Frank	4589.50	4811.50	5881.58	5888.44
Spanien . . . 1 Pesta	3885.26	3904.74	4588.50	4611.50
Wien (abgest.) 100 Kronen	35.78	35.98	41.80	43.11
Prag . . . 1 Krone	758.10	761.90	897.75	902.25
Warschau . . . 1 Krone	4.08	5.03	6.23	6.27

rs. Berlin, 20. April. (Eig. Draht.) Am Devisenmarkt hat die Ankündigung der Regierung über die bevorstehende Notverordnung gegen den unbedingten Devisenlauf ihren Eindruck nicht verfehlt. Die Stimmung war heute donnerstag sehr unsicher. Es kam wieder zum ersten Male Material heraus. Durch Durchsicht vor den Bestimmungen, die eine Kontrolle der Bestände vorsehen und da auf der andern Seite die Nachfrage nachschaffen hat, war die Tendenz abgeschwächt. Das Geschäft war auffälligerweise heute wesentlich zurückhaltender als an den Vortagen. Der Dollar setzte heute morgen bereits mit 25 125 ein, um sich im weiteren Verlauf bis auf 25 750 abzuschwächen. Englische Pfunde wurden dementsprechend anfänglich mit 123 000 gehandelt, um dann später mit 120 000 Brief eher gehit zu werden. Die Notkultur in der Bewertung der Devisenkurse hat das sichere Moment noch deutlicher hervorgerufen lassen. Das Publikum, das gestern möglichst keine allzu großen Aufträge gegeben hat, ist diesem für heute nachgekommen. Dem gegenüber steht aber eine unerkennbare Zurückhaltung der Wärsenspekulation selbst.

Wasserstände der Moldau, Elbe, Oder, Eger und Elde

	18.	19.	18.	19.	
	Report	Report	Report	Report	
Moldau	+ 78	+ 56	Frankfurt	+ 123	+ 118
Elbe	+ 243	+ 200	Wien	+ 250	+ 238
Oder	+ 25	+ 15	Prag	+ 250	+ 237
Eger	+ 87	+ 79	Wien	+ 292	+ 288
Elde	+ 10	+ 6	Dresden	+ 55	+ 148

Die Exekutive liegt bei der Regierung

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: In der Öffentlichkeit wird zu leicht erkennbaren politischen Zwecken die Anschauung verbreitet, daß die Regierung den an einigen Orten vorgekommenen bedauerlichen Ausschreitungen von sogenannten Selbstschutzorganisationen tatenlos zusehe oder sie gar begünstige. Es ist durchaus falsch, sämtliche Ausschreitungen den genannten Organisationen zuzuschreiben. In mehreren Fällen steht fest, daß die Ordnungorganisationen an den Vorkommnissen überhaupt nicht beteiligt gewesen sind. Es ist ferner festzustellen, daß der Ministerpräsident, nachdem er schon in der Regierungserklärung vom 10. April unabweislich die Stellung der Regierung zu dieser Frage dargelegt hatte, auf Angriffe in der Sitzung des Landtags vom 13. April folgendes erklärt hat:

„Es besteht zweifellos die Möglichkeit, daß diese oder jene der Abwehrorganisationen im Verlaufe ihrer Aufgaben sich Exekutivbefugnisse anmaßt, und es mag sein, daß das schon vorgekommen ist. Was richtig ist, geht ich zu. Es ist richtig, daß solche Ausschreitungen wohl heute schon vorgekommen sind. Wir haben noch keine abschließenden Berichte darüber, aber es wird richtig sein. Ja, es wäre denkbar, daß diese Organisationen in irgendeiner politischen Situation glaubten, gegen die Regierung Front machen zu müssen, um ihre eigene Meinung durchzusetzen. Diese Gefahr besteht, und diese Möglichkeit zu leugnen, wäre ganz zwecklos. Es fragt sich bloß, welche Gefahr größer ist, die ganz konkrete Gefahr, die von der äußersten Rechten der Ruhr, oder die konkretere Gefahr von der äußersten Linken, die wir allerdings zu bannen glauben. . . . Und glauben Sie, eine notwendige Maßnahme dadurch die Rechten zu bannen, daß jetzt in der ersten Übergangszeit, wie es scheint, allerdings bedauerliche Mißgriffe vorgekommen sind, Kompetenzannahmen, welche die Regierung nicht dulden kann und auch nicht dulden wird, und ständen die betreffenden Organisationen der Regierung politisch noch so nahe. Wenn Ihnen Erklärungen dieser Art nicht genügen, dann weiß ich nicht, was Sie überhaupt verlangen. Die Regierung ist sehr entschlossen, etwaigen Übergriffen zu begegnen und ihrer Herr zu werden. Die Parteien haben in dieser Beziehung Verpflichtungen übernommen und, wie müssen abwarten, ob diese Verpflichtungen beachtet werden.“

In folgerichtiger Ergänzung dieser unmißverständlichen Erklärung hat das Ministerium des Innern sofort den sämtlichen in Frage kommenden Behörden des Landes erneut die Beachtung des § 132 des StGBs eingeschärft und sie darauf aufmerksam gemacht, daß sie gegen die Exekutivhandlungen von Privatpersonen und gegen das Einmischen von Privatpersonen in Exekutivmaßnahmen der zuständigen Polizeibehörden mit Entschiedenheit einzugreifen haben. Das Ministerium hat in dieser Verordnung deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die Exekutive ausschließlich bei der Regierung und ihren gesetzlich bestimmten Organen liegt. Es hat darüber hinaus zur Vermeidung von Reibungen und zur Sicherung einer zweckmäßigen Durchführung von diesbezüglichen Anordnungen bestimmt, daß die Behörden bei etwaigen Maßnahmen gegen Übergriffe von Privatpersonen die Regierungskommissare zur Beratung hinzuzuziehen haben. Damit sind auch die Maßnahmen getroffen, um allen Staatsbürgern die Vereins- und Versammlungsfreiheit innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen zu sichern. Die Regierung hat zu den beteiligten Kreisen das Vertrauen, daß sie die Anordnungen der zuständigen Behörden zum besten verstehen und die Maßnahmen ernstlich unterstützen und alles unterlassen werden, was einen Schuß dieser Kreise gefährden könnte.

Wir können dem noch hinzufügen, daß in den Fällen Rammens und Widaus, die den proletarischen Abwehrorganisationen ganz besonders in die Schuhe geschoben werden, diese Organisationen überhaupt nicht aufgetreten sind und daher auch für die dortigen Vorkommnisse nicht verant-

wortlich gemacht werden können. Wir sind gespannt, ob die bürgerliche Presse, die mit Heinenfleiß alles Material gegen die Abwehrorganisationen veröffentlicht, diese entfallenden Tatsachen ihren Lesern eben so vorzuenthalten wird, wie sie das außerordentlich belastende Material fortsetzt, das von dem Thüringer Innenminister über die Nationalsozialisten veröffentlicht wurde.

Frankreich fordert 36 Milliarden Goldmark

rs. Paris, 20. April. (Eigene Draht.) Journal meldet: Dem französischen Delegierten für die Reparationsverhandlungen mit Belgien wurden folgende Richtlinien gegeben: Von Deutschland werden 36 Milliarden Goldmark gefordert, die aber zur Befriedigung der französischen Ansprüche nicht ausreichen. Die Vorschläge werden ergänzt durch wirtschaftliche Forderungen mit den deutschen Industrien, welche die Verteilung von Koks und Erzen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien regeln sollen. Gleiche Abmachungen sollen in der Maschinen-, der Gemischen und der Textilindustrie getroffen werden. Dann wäre nur noch ein Abkommen zwischen der französischen Industrie und der französischen Regierung über die Verteilung der Gewinne notwendig.

Notenwechsel über das Essener Blutbad

Die französische Regierung hat in einer Note auf die Protestnote der deutschen Regierung geantwortet, die ihr über das Essener Blutbad am Osterabend zuging. Die französische Regierung behauptet darin, die französischen Soldaten seien mit Revolvern bedroht worden und hätten erst in die Dade geschossen usw. Alles beweise, daß die Verteilung den Insidienten habe beabsichtigt worden. — Die deutsche Regierung erwidert darauf, daß das nicht richtig sei und stellt zum Beweise dafür die Protokolle zur Verfügung. Sie beantragt erneut die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission, denn wenn ein französisches Kriegsgericht bei dem Vorwurf gegen die Kruppdirektoren über den genannten Fall urteile, so würde das Gericht zugleich Partei und Richter sein.

Sächsischer Landtag

22. Sitzung, Donnerstag, 19. April vorm. 10 Uhr (Schluß.) Zwei kommunistische Anträge auf Wenderung der Landesverordnung über den Wohnungsmangel und auf Umgestaltung der Ausführungsbestimmungen zum Reichswohnungsgesetz werden abgelehnt bzw. durch die Erklärung der Regierung für erledigt erklärt. Es folgt die dritte Beratung der Vorlage über die Erhöhung der Gewerbesteuer. Im Ausschuss ist die Vorlage abgelehnt worden. Abg. Bethke (Soz.) beantragt die Wiedervertellung der Vorlage. Abg. Wenzler (Komm.) erklärt, daß seine Fraktion im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung nun für die Vorlage eintriften werde. Der Antrag Bethke auf Wiedervertellung der Vorlage wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Der Antrag Köllig (Dnat. Rp.) auf Freilassung der freien Berufswörter der Gewerbesteuer wurde mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt. Nächste Sitzung: Dienstag den 24. April. Kleinerer Gesetzentwurf.

Kleine politische Nachrichten

Zur Erwerbslosenfürsorge

Berlin, 19. April. Der Reichsrat lehnte in seiner Donnerstagssitzung einen Antrag Sachsens ab, eine gleiche Stelle zum Zweck der selbständigen Ausübung der Erwerbslosenfürsorge an die Gebietsverwaltung einzuführen. Angenommen wurde dagegen eine Verordnung, nach der die bisherigen Wege der Erwerbslosenfürsorge allgemein um 60 Prozent erhöht werden.

preiswerte Angebote!

Preisabbau in allen Abteilungen

Unsere **Maß-Abteilung** liefert erstklassige **Anzüge und Mäntel** von **Mark 250000 an**

- Sakko-Anzüge** aus festen Strappazierstoffen . . . 115 000 **49 000**
- Sakko-Anzüge** moderne Homespun und Cheviot . . . 225 000, 138 000, **95 000**
- Ulster und Schlüpfer** neueste Form u. Stoffe, 187 000, 95 000, **59 000**
- Regen-Mäntel** aus Loden- und Gummi 95 000, 72 000, **54 000**
- Beinkleider** eleg. haltbare Stoffe . . . 40 000, 25 000, **11 800**

- Jünglings-Sakkoanzüge** eisenfeste Stoffe . . . 155 000, 87 500, **59 000**
- Jünglings-Sportanzüge** größte Auswahl . . . 120 000, 72 500, **49 500**
- Jünger-Ulster, -Schlüpfer** eleg. Verarb. u. Formen, 138 000, 87 500, **49 500**
- Breeches-Hosen** feste Stoffe u. Mansch., 60 000, 45 000, **25 000**
- Herren-Hüte** eleg. Neuheit, 15 700, **9 700**
- Oberhemden** prima Perkal, 19 000, **14 200**
- Selbstbinder** 2850, 1950, **990**

- Schul-Anzüge** in haltbaren Stoffen' . 56 000, 45 000, **28 000**
- Sport-Anzüge** in modernen Mustern, 98 000, 68 000, **42 000**
- Pyjacks und Schlüpfer** in blau und farbig . . . 85 000, 56 000, **25 000**
- Schlüpf- u. Jackenanzüge** moderne Fassons 46 000, **34 000**
- Knaben-Hosen** praktische Stoffe . . . 15 000, 9 500, **7 000**

Zahlungserleichterung durch Anzahlung

Rob. Eger & Sohn

Nur König-Johannstr. Eckhaus Weisssegasse =

Bekanntmachung

Über die Verlegung der Beschlüsse in der Stadt Waderberg mit Hausbrandfolge.

Gemäß § 28 der Bekanntmachung des Reichsfinanzministeriums vom 21. Dezember 1922 über die Kreisverlegung der Kreisverwaltungen usw. wird folgendes anzuordnen:

- Am 1. Mai 1923 beginnt die 15. Kreisverlegung. Die umsatz die Zeit vom 1. Mai 1923 bis 31. April 1924.
- Ausgegeben werden für die 15. Kreisverlegung:

- Kreisverlegungsstellen für Hausbrandungen und b) Kreisverlegungsstellen
1. für Waderberg.
2. Kreisverlegungsstellen.
3. Kreisverlegungsstellen.
4. Kreisverlegungsstellen mit Wohnstätten, die durch Zentralheizung bedingt werden und 5. für Umgegend.

Die Kreisverlegungsstellen sind im Einklang mit dem Reichsfinanzministerium für die Monate Oktober bis April, und zwar monatlich auf einen Sonntag.

Die Kreisverlegungsstellen sowie die Kreisverlegungsstellen sind nicht übertragbar. Sie dürfen weder veräußert, noch verpfändet, noch im sonstigen Sinne an andere Dritte übertragen werden.

Die Kreisverlegungsstellen laufen über 24 Stunden und sind mit Wohnstätten der Nr. 1 bis mit 24 verbunden.

Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen bis zum 30. April 1923 vorzuliegen.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen sind über die Kreisverlegungsstellen von dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Die Kreisverlegungsstellen haben die Kreisverlegungsstellen nur nach jedermaliger Vorlegung der Kreisverlegungsstellen zu liefern. Die Kreisverlegungsstellen sind dem Eigentümer der Kreisverlegungsstellen, sondern haben im Falle der Kreisverlegungsstellen zu verbleiben.

Billige Damen-Mäntel

verlaufen wir nach wie vor zu billigen Preisen

Serie I Covercoat-Paletot mit Vliesfutter nur M. 19.500	Serie II Umranderte Regen- u. Staubmäntel 120 lang nur M. 34.500	Serie III Covercoat-Paletot mit eleg. Stepperei, höfliche Mäntel M. 39.000	Serie IV Homospun-Mäntel nette Mäntel, höfliche Mäntel M. 58.000	Serie V Frauen-Mäntel in Covercoat, weite Form, mit Stepperei nur M. 65.000
---	--	---	---	--

Berner große Moden in Elusen - Röcke, Kleider, Kostüme und Stoffe

Nur 1. Etage Scheffelstraße 17 Nur 1. Etage

Rein Laden

Rein Laden

Birnberg & Co.

Vaterland - Lichtspiele

Freiburger Platz 20.

Nur bis Montag: 2 Erstaufführungen!

Das tollkühnste amerikanische Sensations-Filmwerk

5 Episoden! 999 Sensationen

30 Akte!

Der Wirbelwind

I. Teil: Die Bankräuber von Massachusetts

Die gefährlichen und waghalsigen Erlebnisse und Abenteuer des

teueren Mister Darell!

In der Hauptrolle

der

amerikanische

Harry Piel!

Dazu:

In der Sommerfrische!

Das beste und größte oberbergtische Lustspiel der Saison.

Mit 4 Kissenakten tollsten Humors.

Hauptrollen: Konrad Dreher, Willy Prager.

Man muß das Programm gesehen haben.

Einlaß 4, 6, 8, Uhr, Sonntags 8 Uhr. 17814

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

Gasthof Cotta

Sonnabend den 21. April 1923

Große Einweihungs-Feier

im renovierten Saal, verbunden mit

Großem Fest-Ball

Verstärktes Orchester. Anfang 7 Uhr.

Nutzen haben höchlich ein Anton Paris u. Frau.

SARRASANI

Täglich 7,15 Uhr. Sonntag auch 3 Uhr.

Das neue große Schauspiel:

Fridericus

8 Meistertalente, 200 Mitarbeiter.

Genervte Ausstattung.

Neue Circus-Aktuationen.

Verkauf: Circuskarte u. Residenz-Kaufhaus.

Gruna-Seidnitz

Befehlungen auf die Dresdner Volkszeitung

und sämtliche Wartezeitungsliteratur können entnommen

Frau Hedwig Hänel

Seidnitz, Seidenstraße 23, I.

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

Gemeinschaft prof. Freidenker, Radeberg.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unter
Genosse der Schriftsteller Max Bobek
verstorben ist.
Die Einäscherung erfolgt am Samstag den
21. April, nach 4 Uhr, im Krematorium,
Dresden-Lohreuth.
Um abweichendes Beileid ersucht
Die Grubengemeinschaft.

Wichtig für Betriebsräte!
Lebenshaltung u. Löhne
Von Dr. Stuczynski.
Preis brochiert 1800 M.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und deren Filialen.

Ba. Weizenmehl
Pfd. 650 M.
Schiemann
Grüner Straße 26.

Achtung! Betriebsräte! Achtung!
Neu erschienen:
Cl. Nörpel:
Aus der Betriebsrätepraxis
II. Teil.
Spruchsammlung von Bescheiden, Schiedsgerichts-
und Urteilen.
I. Teil ebenfalls vorhanden.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10
und ihre Filialen.

Oelsa.
Befehlungen auf die Dresdner Volkszeitung
und sämtliche Wartezeitungsliteratur können entnommen
Hauptredakteur August Samant, Oelsa.

Moderne
Anzüge
Hosen
an Teilzahlung
Scheffelstraße 26, I.

Alle Treffen
u. Uniformen
von Samant.
Wittich und
Kunze
Max Haupt
Wettinerplatz 10, I.

Wir empfehlen:
Die Fahrt
ins Unbekannte.
u. Hans Schulz.
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10
und ihre Filialen.

Erdbeerpflanzen
von Dr. Stuczynski, Dresden.
Steinbrunn, 1714
Rinderwagen, wie neu
Grüne Straße 26, I.
6. Räder, neu und abg.
H. Räder, noch bis 4. April
Kupferstraße 19, I. 1220

Palast Theater

Albunstraße 28

Heute bis Sonntag: 17271

Das unübertroffene Programm.

1. **Beatrix.**

Ein Spiel von Liebe, Haß u. Tod in 5 Akten.

Hauptrolle:

Jenny Hasselquist.

Schwedens schönste und beliebteste Film-
schauspielerin.

2. **Nur eine Nacht.**

Gewaltiger Kriminal-Spielfilm in 5 Akten mit

Robert Scholz, Margit Barnay

Albert Paalig, Sylvia Morel

Margarete Kupfer

Vorführungen: Werktags 6 und 8, Uhr,
Sonntags 4, 6 und 8, Uhr.

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

Stoffe

in Herren, Damen und Kinder

Wendebel, Gumboldt, Hiltl

H. Scholz

Wettinerplatz 9

(Eingang Wettinerplatz) 17878

Preiswert

Möbel

Bestellen, Malagen,

Chiffonier, Sofas,

E. Goldhammer

Große Brüdergasse 19

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

4 Akte

Seite 4

Freitag den 20. April 1923

00
00
00
00

adberg-
den unter
Bobek
eben den
naturum.
In 188
tatsun.

Bräte!
Löhne

nerplatz 10

ehl
im 47

achtung

el:
praxis

edsprechen

erplatz 10

ollzeits
auf entragen
diffe.

orne 1783

üge

son

ablung
he 26. 1.

reffen
und nördt
nierenen,
und Kr-
ist 1726
haupt
an 11.

iechen:

ahrt
okannt.
C. Holz.

handlung
vial 10
Küftaten.

anzen
den, Dresden
emite. 6. 1913
die nuy
ge 23. 3. L.
u und ab-
bitt. 4 wert
19. 1. im 27

Sachsen

Hohn oder Dummheit!

Der Landesbeamtenauschuss der deutschnationalen Volkspartei verlangt, daß die Beamten bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres Dienst leisten dürfen, wenn sie nach Vollbringung des 65. Lebensjahres 40 Dienstjahre noch nicht nachweisen können. Das Dienstpflichtgesetz der Beamten zum Schutze der Republik wird natürlich zurückgewiesen, und die deutschnationale Fraktion des Landtags erachtet, dem Geleij die Genehmigung zu verweigern, da die Beamten ihre Pflichten auch ohne das Gesetz erfüllen und die Reichsverfassung durch das Gesetz sowieso verletzt wird.

Leider konnten wir die Gesichter nicht sehen, als von der Pflichtenfüllung der deutschnationalen Beamten gegen die Republik die Rede war. Aber ganz gleich, ob Hohn oder Dummheit aus dem obigen Beschluß spricht. Die deutschnationalistische Beamtenchaft versteht, daß erst eine vierjährige Sabotage der deutschen Republik durch große Teile der rechtsstehenden Beamtenchaft die Veranlassung zu dem Dienstpflichtgesetz der Beamten war. Im übrigen haben wir den faulen Wit nun bald satt, mit dem sich die Monarchisten als Hüter der republikanischen Verfassung aufspielen. Aber allem Anschein nach wollen gewisse Kreise überhaupt nicht mehr ernst genommen werden.

Das staatliche Stromnetz

eröffnet und erweitert sich immer weiter. Fast jede Woche kann über die Fertigstellung und Eröffnung einer neuen Hochspannungsleitung berichtet werden. Kürzlich ist wieder eine 20 000-Voltleitung dem Betriebe übergeben worden, und zwar der vom Staat gebaute Abzweig von der bereits bestehenden 30000-Voltleitung Thurm-Schmidln nach Meerane. Gleichzeitig nahm das von der Stadt Meerane erbaute vorläufige Umspannwerk Meerane seinen Betrieb auf. Anstände ergaben sich nicht. Im vorigen Sonntag wurde auch das Umspannwerk Auerbach, das zur Versorgung des Restteiles Bergens der Kraftwerke Westhofen, der Stadt Auerbach und für den Stadt Rodewisch dient, ohne Anstände in Betrieb genommen und den Kraftwerken Westhofen übergeben. Die Zeit rückt immer näher, in der nicht nur die Städte und Industriestrukturen an das staatliche Stromnetz angeschlossen sind, sondern auch das letzte Dorf mit Strom aus der staatlichen Stromversorgung gespeist werden kann.

Ein Milchfälscher-Prozess

Die Milchfälschungen nehmen in letzter Zeit überhand, ohne daß sich die Gerichte zu einer exemplarischen Verurteilung dieser Parasiten am Volksforpfer aufzuraffen vermögen. Mit einem ganz besonders raffinierten Fall hatte sich jetzt das Oberlandesgericht Dresden zu befassen. Die Gutsbesitzeresfrau Winkler in Reichenhain bei Chemnitz hatte an einer Reihe von Tagen „Vollmilch“ mit einem außerordentlich niedrigen Fettgehalt an Milchhändler der Stadt Chemnitz geliefert. Ein Juvas von Wagermilch oder eine Abrahmung hatte sich nicht feststellen lassen, der geringe Fettgehalt erklärte sich aber dadurch, daß die Röhre nicht richtig ausgemolken wurden, so daß der wertvollste Bestandteil im Euter zurückblieb. Die fahlsche Bäuerin wollte diese nachmelken und dann als Sahne verwenden. Sie behauptet auch, der niedrige Fettgehalt komme mit daher, daß sich unter der Milch solche von neuemelkenden Kühen befänden, deren Milch erfahrungsgemäß wenig Fettgehalt habe. Das Zusammenmischen von Milch vieler Kühe wäre aber allgemein üblich. Das Landgericht Chemnitz hat die Bäuerin von der Anklage der Nahrungsmittelelfälschung — freigesprochen. Eine Fälschung liege nicht vor, da die Milch so, wie sie von der Kuh gekommen sei, in den Handel gebracht worden sei. Weder Vorlag noch Fälschbarkeit sei erwiesen. Diefes Urteil sucht die Staatsanwaltschaft mit der Revision an. Vollmilch müsse mindestens 28 Prozent Fettgehalt haben. Milch von neuemelkenden Kühen sei wegen ihres geringen Fettgehaltes keine Vollmilch, sondern als Wagermilch zu bewerten, und ihr Zusatz zur Vollmilch daher Nahrungsmittelelfälschung. Aber auch Milch von nicht vollständig ausgemolkenen Kühen sei keine Vollmilch, weil der wertvollste Bestandteil im Euter zurückbleibe. Im anderen Falle sei den Kuhhaltern bei ihren Manipulationen Tür und Tor geöffnet. Das Oberlandesgericht hat nun zwar das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen, aber auch nur deshalb, weil zu prüfen sei, ob eine Vertretung der Chemnitzer Katsbefandinnahme vom 7. März 1910 in Betracht komme. Eine Nahrungsmittelelfälschung wurde auch von dieser Instanz verneint.

Der Mann im Sturm

Ein Roman von der Niederelbe von Dietrich Brlebe

Dieser ging Ziet zurück in die Stoje, indem er murmelte: „Wollen noch ne Stunde versegnen.“ trank eine Tasse schwarzen Kaffees und ah einen Knobel Roggenbrot dazu. Dann kam er wieder aus Ded. Und nun bemerkte er auf einmal, daß der Großflücker gefehlt war. Und er fragte sich, ob das Vogelstrecke brechen und der Klücker samt Baum davonjagte sollte. Garm antwortete nicht, ließ ruhig den Klücker in den Wind laufen, barg den Klücker und holte das ganze Vogelstrecke herein.

Der Horg nachher war gut. Ziet jedoch quarkte die ganze Zeit herum. Einmal waren nicht genug Steinbutt und Jungen dazugelassen; das andre Mal waren zuviel Schollen köhm und tot.

Nach Dunkelwerden legte Garm sich eine halbe Stunde zum Schlafen nieder. Als Ziet hinunterkam, blatte die Lampe. Da rückte er seinen Vetter aus dem Schlafe. „Hier,“ rief er, „wenn die Lampe anstehet, daß auch auf, daß sie nicht flamm!“ Garm aber knurrte etwas wie „Loh mich“ und drehte sich auf die andre Seite. Da knurrte Ziet selbst die Lampe nieder.

So gestaltete sich das Zusammenleben zwischen den Vetter immer unerträglich. Bis Garm schließlich die Hut über den Kopf stieg. Der Dragen wollte nicht recht lassen, als sie am Riesenstener Ball zu Anker gingen. „Natiürlich,“ rief Ziet höhnisch, „wenn du das machst, geh's nie!“ „Quatsch!“ schrie Garm da auf, „und überhaupt: Was fällt dir ein? Ich bin nicht dein dummer Junge!“

„Was bist denn sonst?“ lachte Ziet voll Hohn. Da schrie Garm: er wollte keinen Streit.

Zu dieser Zeit begab es sich, daß Karl Gars, der Lehrer, den Wunsch äußerte, eine Seefahrt mitzumachen. Er bat Garm, ihm mitzunehmen. Aber der hatte gerade einmal wieder aufgelegt. Und da Karl Gars sich nach seinen Ferien richten mußte, so bat er Ziet und Garm, ihm mitzuführen zu lassen.

Die beiden gaben gern die Erlaubnis. Auf Garm's Rat rüstete Karl Gars sich nun

Die gerissene Bäuerin wird also schließlich mit einer lumpigen Geldstrafe belegt werden. Kommentar überflüssig!

Jugendfürsorge

Der Verband der Beamten der sächsischen Bezirke- und Fürsorgeanstalten hielt am Sonntag Hauptversammlung in Dresden ab. Eine lebhafte Aussprache entspann sich über die Frage über die Beschäftigung der Ehefrauen von Anstaltsbeamten und deren Bezahlung. Der Verbandtag beschloß fast einstimmig, daß vom 1. Juli dieses Jahres an sämtliche Ehefrauen der Anstaltsbeamten aus den Betrieben herauszunehmen sind. Herr Werkmeister Böhmer, Wittweiden, hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über Fürsorgeanstalten. Er zeigte die Ursachen der so viel beklagten „Verrohung der Jugend“ und nannte die Mittel und Wege, durch die man jenen Ursachen, die auf sozialem und persönllichem Gebiete liegen, abhelfen kann. Wenn rechtzeitig durch geeignete Erziehungsmaßnahmen vorgebeugt, wenn bei Beurteilung jedes einzelnen Falles immer streng zwischen Schuld und Schicksal unterschieden wird, dann wird die moderne Fürsorgeerziehung vieles bessern. Dabei tieide neben der Anstaltserziehung der Familienpflege noch ein weites Arbeitsgebiet vorbehalten. Voraussetzung in allen Fällen sei die richtige Anwendung der Erziehungsmittel: Ordnung im Raume, in der Zeit und in der Tätigkeit; Schule, Spiel und Arbeit. Gerade der sittlich Gefährdete braucht Fröhlichkeit und Sonnenschein. In den meisten Fällen hat den auf Abwege geratenen Jugendlichen nur wenig Schönheit und Freude am Lebenswege gefehlt. Wo diese Lebensbedürfnisse fehlen, kommt es zu unerwarteter Verfehlung und zu schwerster Schädigung der jugendlichen Menschenseele. Ist es aber einmal gelungen, diesen jungen Menschen wieder Freude und Interesse an geregelter Arbeit einzuführen, so schreitet der Läuterungsprozess schnell vorwärts. Das zu erwartende Reichjugendbeschäftigungsgesetz will vor allem vorbeugen wirken. Mit der „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Anstaltsinwohner“ will sich der Verband nicht einlassen. Als Verbandsvorsitzender wurde Direktor Voigt, Pirna, als Stellvertreter Oberinspektor Diefel, Coswig, einstimmig wiedergewählt.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wird am Donnerstag, dem 25. April, über die Behauptungen gegen die Ausschüsse der Deutschnationalen Freiheitspartei verhandeln. Die von den Regierungen von Preußen, Sachsen und Thüringen verurteilt worden sind.

Die Strafverfolgung des kommunalpolitischen Mandat war vom Landtag genehmigt. Elrod erklärte aber nicht vor Gericht, so daß es die Genehmigung des Landtags zur zwanzeiwelben Vorführung Elrod's erbat, die vom Landtag aber mit den Stimmen der Linken gegen die der Rechten abgelehnt wurde.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat eine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob sie bereit sei, um die Preise für Gerbrinde herabzusetzen, die erforderliche Gerbrinde aus den sächsischen Staats-, Gemeinde- und Privatforsten sicherzustellen. Da trotz des Preisabbaues auf dem deutschen Holzmarch die für die Lederherstellung erforderliche Gerbrinde nicht unbedeutend im Preise gestiegen sei, und die Konkurrenzfähigkeit der sächsischen Gerbergewerbe darunter leide.

Eine seltene Anfrage. Die deutschnationale Landtagsfraktion hat beantragt, die Staatsregierung zu eruchen, Auskunft über die Zuwanderung und Eingliederung von Christen in den fünf Großstädten Sachsens zu geben und mitzuteilen, welche Maßnahmen gegen Ueberfütung durch Christen getroffen oder beabsichtigt seien, wieviel Anträge auf Namensänderungen jüdischer Zuwanderer stattgegeben sei und ob dabei Namen berühmter deutscher Männer benutzt worden seien, wieviel Ausweisungsbefehle seit Januar 1909 bis jetzt durch die Staatsregierung zurückgenommen worden seien und wieviel Deutschnationale sich auf Antrag vor der Verjudung Deutschlands ihre Unterthosen waschen lassen mußten.

Der Landesverband Sächsischer Akademiker und Professoren warnt vor dem juristischen Studium, da die verschiedenen Preise des juristischen Berufs zur Zeit ausnahmslos stark überfüllt sind. Auf Jahre hinaus besteht kaum irgendeine Hoffnung auf Anstellung. Dabei hält der Zutritt zum juristischen Studium in unerminderter Cläre an. Im letzten Semester waren bei der Universität Leipzig gegen 1100 Studierende der Rechtswissenschaft gemeldet.

Ein sozialdemokratischer Bäuermeister wurde in dem bisherigen besetzten Stadtrat Meyow, in Stolberg i. C. zum Bürgermeister gewählt.

Amtsgerichtsrat Paul Georg Schmidt ist Leipzig ist zum Präsidenten des Amtsgerichts Chemnitz ernannt worden.

Gegen das Urteil im Wiedens-Prozess, durch das der frühere Kustareneumann Gönz wegen Falschens unter Zuhilfenahme widerlicher Umstände und wegen Unterschlagung zu sechseinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, haben der Staatsanwalt und der Verteidiger Revision eingelegt. Die Staatsanwaltschaft macht geltend, daß das Gericht zur Annahme von Mord hätte gelangen müssen, während die Verteidigung mit der Revision die Freisprechung des Angeklagten anstrebt.

tätig mit Zigaretten und Tabak aus, auch Kaffee, Tee und Saffee nahm er mit und einen Koffen Brause, jedoch weder Bier noch Rum oder ein cades starkes Getränk, da keine geistigen Getränke an Bord gebrütet werden.

Mit der Morgentide fuhren sie los; gleich bei Hochwasser hielten sie den Anker. Die Segel standen und schlugen im Winde hin und her.

Sie mußten voll gegen den Wind kreuzen. Ziet nahm das Steuer, bis sie zu Blaufene mehr Raum zum Kreuzen kriegten. Da gab er das Helmholz an Garm.

Aber kaum rief der sein „See“, kaum drehte der Anker den Kopf, da fuhr Ziet seinen Mader an. „Zurück!“ schrie er Garm zu. „Konnt ja noch ne Viertelstunde auf diesem Bug liegen.“

Er nahm Garm das Steuer aus der Hand, jagte den Jungen vom Hochseer weg, hielt ungefähr zehn Ruttenlängen den alten Kurs und ging dann auch über Stag.

„Aber,“ meinte Garm, „so viel war das doch gar nicht, was du noch veriegt hast!“

„Du tust, als leiest du mit dem Dummbeutel gefloßt,“ brummte Ziet. „Hier, nun steure weiter.“ Und er gab das Ruder wieder an Garm.

Karl Gars, der mit einem Stück Rey am Boot stand und das Anüllen und Rülen lernen wollte, ließ die hölzerne Nadel einen Augenblick sinken und blinnte verwundert zu Ziet hinüber.

Als sie bei der Lübe waren, setzte die Hut ein. Gegen Wind und Strom konnten sie nicht kreuzen. Sie mußten den Anker auswerfen. „Schön was zurechtgesteuert,“ brummte Ziet, „hier bei der Lübe zum Anker! Nicht zu glauben.“

„Nur gar nicht so schlecht,“ widersproch Garm.

„Für einen Bauer nicht. Aber für einen Fischer!“ — Und Ziet lachte laut los.

Da aber braute Garm auf wie Kaff, wenn Wasser darauf gegossen wird. „Quack!“ schrie er. „Nichts ist dir recht! Alles mach ich dir falsch! Und noch weiter dief Gewack; ich schmeiß dir den ganzen Dred vor die Füße! Und er quackte Ziet den Dweil“ vor die Füße, daß es spritzte,

drehte sich um und stieg in die Roje. Tiet aber diß nicht wieder. Im Gegenteil, er lachte fröhlich auf und begann nachher zu pfeifen.

„Verfehrte Welt,“ dachte Karl Gars.

Ziet ließ Garm ruhig in der Roje; der Lehrer half ihm beim Bergen von Rod und Klücker; die Großgiegelschot wurde fest angezurrt, die Vaterne aus Staag gehängt und Bug und Weil ins Boot gepackt. Dann stieg auch Ziet in die Roje. Und er sprach freundlich mit Garm, als sei nichts geschehen.

Und Behaglichkeit und Wärme breiteten sich aus über die Hochreuleute. Der Junge der früher Stiff in einer Kunsthandlung gewesen war, erzählte von den neuesten Nachrichten in der Malerei, von Impressionismus und Neoimpressionismus. Karl Gars sprach von seinen Reisen, schilderte die Schönheit der Alpen und die Lieblichkeit der Thüringer Berge. Und Garm erzählte aus seiner Dienstzeit bei der Marine, von dem Pod, mit dem er zusammengewesen sei und von seiner Fahrt nach Tingtou.

Die Wellen klangen und gluckten am Bug; die Segel blüften im Winde, die Sigbäume knarrten und der Kessel auf dem Herde sang.

Auf einmal klatschten mächtige Wogen gegen den Rutter. Alle vier Mann liefen ans Ded.

Probehufe ließ sich in Leipzig ein 10jähriger Mädchen von einer Schuhwarenhandlerin vorlegen, weil sie angeblich ein Paar für eine Schwester kaufen wollte. Von drei Paar Schuhen erbat sie sich schließlich gegen Hinterlegung von 10 000 M. Sicherheit je einen zur Probe. Die Händlerin wüßte ein, weil die Käuferin mit einem einzelnen Schuh doch nicht anfangen konnte. Das junge Mädchen erbot sich aber, andere Renten Schuhe zu verschaffen und gab dabei einen einzelnen Schuh als Probe mit. Mit Anzahlungen von 20 000 M. und 25 000 M. vergrößerte die neuartige Betrügerin.

Dresdner Chronik

Tollwut und Hundesperre

In der Presse und in Versammlungen ist in letzter Zeit über die Zweckmäßigkeit der Hundesperre viel diskutiert worden, wobei vielfach die irrige Meinung zum Ausdruck kam, daß in Dresden und Umgebung die Hundesperre ohne zwinzenden Grund der Tollwutgefahr verhängt wird. Auch wurden die Tierchutzvereine aufgefordert, gegen die behördliche Anordnung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende des Alten Tierchutzvereins, Konrad Peters, hat sich daraufhin im preussischen Institut für Infektionskrankheiten, Abteilung für Wutschutzimpfung (Votenteurisches bzw. Koch'sches Institut in Berlin), eingehend informiert. Nach ihm dort gemachten Mitteilungen ist leider Dresden von allen Großstädten Deutschlands diejenige, aus der die meisten tollwutverdächtigen Personen zur Wutschutzimpfung nach Berlin kommen. Pirna und Zittau sind wiederum unter den sächsischen Städten am häufigsten durch Hundewut verunfacht.

Diese Städte und deren Umgebung sind, wie das Bacterische Institut erklärt, durch die Nähe der böhmischen Grenze gefährdet, wodurch sich das dort häufige Vorkommen der an Tollwut erkrankten Hunde erklärt. Derartige Hunde, die oft 30 bis 50 Kilometer weit laufen, richten unterwegz bei Menschen und Tieren viel Unheil an und tragen die Seuche weit ins Land. Sachsen hat außerdem die traurige Verühmtheit, daß dort durch einen wütenden Hund die meisten Personen gebissen worden sind; denn vor einigen Jahren raste ein an Tollwut erkrankter Hund von Dippoldiswalde nach Dresden, dabei soll er unterwegs neben vielen Tieren auch einige 30 Menschen gebissen haben.

Das ideale Mittel zur Verhütung der Tollwut bei Hunden wäre die zwangsweise Schutzimpfung aller Hunde gegen Wutkrankheit. Leider ist diese Methode in Anbetracht der ungeheuren hohen Kosten unm, nicht durchführbar. Wer einmal die schrecklichen Leiden eines an Tollwut zugrunde gegangenen Menschen beobachtet hat, muß sich an Stelle der allgemeinen Impfung zur Zeit mit der durch das Reichsgesundheitsamt verhängten Sperre durch Maulkorb und Leinenzwang abfinden.

Die Wutschutzimpfungen gegen Tollwut bei Menschen werden in Deutschland nur in Berlin und Breslau vorgenommen, in neuester Zeit jedoch auch in Dresden in der sächsischen Pockenanstalt unter Leitung des Reg.-Med.-Rates Dr. v. Einselel. Durch diese dankenswerte Maßnahme werden den zur Zeit hier vorhandenen vielen tollwutverdächtigen Personen sowie den Krankenassen hohe Unkosten erspart, denn die Impfung dauert 21 Tage und die Einsprichungen müssen täglich ohne Unterbrechung vorgenommen werden. Der Impfstoff (getrocknetes Rückenmark eines an Tollwut verendeten Kaninchens) muß täglich für jeden Patienten gesondert von Berlin bezogen werden. Die Schutzimpfungen müssen bei gefährdeten Menschen rechtzeitig vorgenommen werden, denn sobald die Tollwut einmal ausgebrochen ist, verläuft sie unter fürchtbaren Qualen stets tödlich.

Den Hundebesitzern kann nur dringend geraten werden, die gesetzlichen Vorschriften streng einzuhalten, ihre Hunde sorgfältig zu überwachen und zu beobachten; denn falls neue Erkrankungen vorkommen, muß die Sperre verlängert werden. Auch ist von der Regierung geplant, bei jedem einzelnen Tollwutfall die Sperre auf fünf Monate zu verhängen. Ferner sollen durch sogenannte Abwehrkommandos während der Sperre alle maulkorblosen frei umherlaufenden Hunde rückwärts abgedrückt werden, wie dies schon in einigen Gegenden Deutschlands angeordnet ist und als sicheres Mittel gegen die Weiterverbreitung der Seuche angesehen wird.

Das Koch'sche Institut in Berlin hat erklärt, daß die Tollwutseuche von der Jahreszeit und dem Klima völlig unabhängig sei. Durch Maulkorb und Leinenzwang sowie durch nachlässige Behandlung kann die Tollwut niemals entstehen,

drehte sich um und stieg in die Roje. Tiet aber diß nicht wieder. Im Gegenteil, er lachte fröhlich auf und begann nachher zu pfeifen.

„Verfehrte Welt,“ dachte Karl Gars.

Ziet ließ Garm ruhig in der Roje; der Lehrer half ihm beim Bergen von Rod und Klücker; die Großgiegelschot wurde fest angezurrt, die Vaterne aus Staag gehängt und Bug und Weil ins Boot gepackt. Dann stieg auch Ziet in die Roje. Und er sprach freundlich mit Garm, als sei nichts geschehen.

Und Behaglichkeit und Wärme breiteten sich aus über die Hochreuleute. Der Junge der früher Stiff in einer Kunsthandlung gewesen war, erzählte von den neuesten Nachrichten in der Malerei, von Impressionismus und Neoimpressionismus. Karl Gars sprach von seinen Reisen, schilderte die Schönheit der Alpen und die Lieblichkeit der Thüringer Berge. Und Garm erzählte aus seiner Dienstzeit bei der Marine, von dem Pod, mit dem er zusammengewesen sei und von seiner Fahrt nach Tingtou.

Die Wellen klangen und gluckten am Bug; die Segel blüften im Winde, die Sigbäume knarrten und der Kessel auf dem Herde sang.

Auf einmal klatschten mächtige Wogen gegen den Rutter. Alle vier Mann liefen ans Ded.

Da haben sie einen Liebendampfer erblickt, der aus allen Fenstern strahlte Licht. Musik klang herüber. „Junge, Junge,“ rief Ziet da, „weil seines Schiffs!“ Und sie standen und sahen, wie der Dampfer leise davonglitt.

Dann stiegen sie wieder in die Roje. Garm und behaglich war es hier doch. Das Wasser im Kessel kochte und Ott, der Junge, goß Kaffee auf. „Muh doch sein sein,“ begann Ziet, indem er die Ruten aus dem Schapp nahm, „auf so einem Dampfer Kapitän zu sein.“

Garm nickte. „Und überall kommt man hin,“ fing Ziet noch einmal an, „die ganze Welt kriegt einer zu sehen.“

„Ich hatte schon immer die Absicht,“ sprach Garm jetzt nachdenklich, „ich wollt ja Kapitän werden.“

Da aber brachte Ott die gebratenen Klöße, und die Unterhaltung verstummte.

(Fortsetzung folgt.)

Reichstags- abgeordneter **Goldmann**

spricht **Sonnabend, 7 1/2 Uhr, in Dippoldiswalde (Schützenhaus)**
Sonntag, 10 1/2 Uhr, in Bittersee (Gasthof).

sondern die Uebertragung erfolgt bei Sünden ausschließlich durch die Bitt.

Sundbesitzer, die sich über das Wesen, die Erkennung der Sünden und die Schutzmaßnahmen gegen sie unterrichten wollen, erhalten auf Wunsch bei Entrichtung der Sündensteuer auf dem Steueramt ein Merkblatt über die Natur der Sünde und anderer Tiere ohne Entgelt ausgehändigt.

Der Termin der Elternratswahlen

In seiner Sitzung am Mittwoch beschloß sich der Schulausschuß auch mit den Elternratswahlen. Bekanntlich hatte der Schulausschuß am 21. März den Vorschlag des Schulamtes, die Elternratswahl am ersten Sonntag im Mai abzuhalten, abgelehnt und mit 11 gegen 9 Stimmen dem Antrag des Bezirkslehrererschulungsausschusses zugestimmt, daß der Rat beim Ministerium um Dispens nachsuchen sollte, daß 1923 in Dresden die Elternratswahl ausfallen dürfe. Als Grundgrund war angeführt worden, daß infolge der erst am 2. Juli 1922 erfolgten Wahl der Elternratsmitglieder deren Amtszeit zu kurz sei; eine Wahl, die ungeheuren Aufwand und Kosten verursacht, führt nur die meist sehr geringfügig und erfolgreich begonnene Tätigkeit der Elternräte und ruft auf neue eine Erregung der Elternschaft hervor. Trotz dieser guten Gründe für den Wegfall der Wahl 1923 hatte der Rat entgegen Satz 1 b im 18. Nachtrag zur Lokalschulordnung: „Der Schulausschuß bestimmt einen für alle Wahlen geltenden Wahltag“ — den 6. Mai als Wahltag festgesetzt und beim Ministerium nur angefragt, ob eine Veränderung der oberbehördlichen Vorschriften geplant sei. Die den Abgängen der Schulausschüsse durchwegs nicht entsprechende Anfrage hat das Ministerium verneint und der Rat hatte sich für berechtigt gehalten, den Wahltag festzusetzen, da der Schulausschluß den Vorschriften zuwider wäre.

Dieses Verfahren des Rates ist am Mittwoch von den verschiedensten Seiten härtester Kritik unterzogen worden; Eltern- und Lehrervertreter mißbilligten unabweisend das Vorgehen des Rates, wiederholten nochmals die sachlichen Gründe für den Wegfall der Wahl 1923 und konnten zu ihrer Genugtuung erfahren, daß auch Gegner des damaligen Beschlusses, u. a. der Vorsitzende Stadtrat Dr. Matthes selbst und Stadtverordneter Lehrer Kühn, die mehrjährige Amtsdauer der Elternräte für durchaus richtig erklärten. Verwunderlich aber war, daß der Lehrervertreter mit Entschiedenheit für Wahltag und Erhaltung des Schulfriedens in der Elternschaft für diesmal sich einsetzte, und daß er wahrscheinlich noch andere als sachliche Motive bei den Lehrervertretern vermutete. Am Schluß erneuerte ein Vertreter der Lehrerlichkeit den Antrag vom 21. März, das Ministerium um Dispens zu bitten, und fügte als Alternativantrag an: Falls das Ministerium den Dispens nicht erteilen würde, sollte der 10. Juni als Wahltag gelten. In der Abstimmung wurde der 13. Mai als Wahltag mit 17 gegen 13 Stimmen abgelehnt, mit 20 gegen 10 Stimmen beschlossen, daß der Rat das Ministerium um Dispens bitten möge, und gegen 8 Stimmen der 10. Juni als Wahltag festgesetzt, falls das Ministerium den Dispens nicht gewährt. Inzwischen hat auch das Stadtverordnetenkollegium in seiner gestrigen Sitzung einen gleichen Antrag gefaßt.

Wenn man der Landtagsberatung vom 24. Mai 1921 sich erinnert, in der die Verordnung vom 23. Februar 1921 über die dreijährige Amtszeit der Elternräte vom Kultusminister Feilner mit guten Gründen verteidigt wurde, und auch Abgeordneter Schürja sich gegen den Antrag Weitz wendete, darf man wohl hoffen, daß das Ministerium einem gut begründeten Gesuch um Dispens nicht widersprechen wird.

Trotz dieser Sachlage ist es vorläufig Pflicht aller mit Wahlvorbereitungen Beauftragten, alle Arbeiten so fortzusetzen, als ob der 13. Mai der Wahltag wäre. Denn nach einer außerordentlichen Sitzung erteilten Auskunfts hielt der Vorsitzende des Schulausschusses den 13. Mai jezt noch für den gültigen Tag der Elternratswahl. Nachdem aber die Angelegenheit so viel Erregung hervorgerufen hat, darf man wohl erwarten, daß der Rat diesmal dem Mehrheitswillen des Schulausschusses nach dem Wortlaut des Beschlusses entspricht und um Dispens nachsucht. Rat und Ministerium haben sich nun in der Hand, große Summen von Geld, die sonst nur Wohlwollenden dienen, der friedlichen Arbeit der Schule selbst zu erhalten. Das kann geschehen, wenn alle Schullehrer ihre beachtete Wahlstunde nun der Schule unmittelbar zukommen lassen und die Mehrheitspartei im Landtag den erforderlichen Dispens durch das Ministerium erwirkt.

Warenzurückhaltung ist strafbar

Wichtig wird bekanntgegeben: Als Folge des Dollarkurses hat sich gezeigt, daß im Handelsverkehr Waren vielfach zurückgehalten werden. Die Landespreisprüfungsstelle macht darauf aufmerksam, daß nach § 1 Ziffer 3 der Preisverordnungsverordnung die Zurückhaltung von Waren, in der Absicht der Erzielung eines übermäßigen Gewinnes, strafbar ist. Die Preisprüfungsstellen sind gehalten, hiergegen sofort einzuschreiten und Strafanzeige zu erheben.

Steuerabzug und Deputat

Vom Landesfinanzamt Dresden wird mitgeteilt: Zur Vermeidung der über die Vornahme des Steuerabzugs vom Gehalt bei der Deputatempfänger in der Land- und Forstwirtschaft dieses noch vorhandenen Zweifel hat der Reichsminister der Finanzen in einem neuerlichen Erlaß folgende grundsätzliche Regelung für die Vornahme des Steuerabzugs bei den Deputatempfängern in der Land- und Forstwirtschaft getroffen:

Dem Steuerabzug unterliegt nach § 45 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes der Gehaltsbezug, einerlei in welcher Form oder unter welcher Bezeichnung er gewährt wird. Ein Unterschied zwischen Gehalt und Deputat ist nicht zu machen. Der Bezug ist von dem ganzen Deputat grundsätzlich in dem Zeitpunkt vorzunehmen, in dem das Deputat gewährt wird. Hierbei sind für die Ermittlung des Wertes der Deputate die im jeweiligen Zeitpunkt vom Landesfinanzamt festgesetzten und veröffentlichten Werte maßgebend. Reicht der dem Arbeitnehmer im Zeitpunkt der Vornahme des Deputats gezahlte Betrag zur Deckung des vom Lohn und Deputat innegehaltenden Steuerabzugsbetrages nicht aus, so hat der Arbeitnehmer, wenn er das gesamte Deputat erhalten will, den fehlenden Betrag dem Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen, oder der Arbeitgeber hat einen entsprechenden Teil des Deputats einzubehalten, zu verzinsen und den Gegenwert zur Deckung der Steuer zu verwenden. Diese Regelung kann dazu führen, daß Arbeitnehmer, wenn sie zu bestimmten Zeitpunkten höhere Deputatmengen erhalten, dem Arbeitgeber erhebliche Barbeiträge zur Verfügung stellen müßten, wollen sie nicht auf einen

Teil des Deputats verzichten. Deshalb ist zur Vermeidung von Härten nachgelassen worden, daß der Arbeitnehmer in diesen Fällen das Deputat nicht auf einmal zur Zeit der Vornahme, sondern nach und nach in denselben Zeitabschnitten verleiht, in denen er den Verlohn erhält. Zur Ermittlung der auf diese einzelnen Lohnzahlungsabschnitte entfallenden Deputatwerte und Steuerabzugsbeträge vom Deputat ist zunächst der Gesamtwert der im Laufe des Jahres zu gewährenden gesamten Deputate unter Abzug der vom Landesfinanzamt für die Deputate festgesetzten Werte vor Jahresbeginn für ein ganzes Jahr zu ermitteln und auf die einzelnen Zeitabschnitte, die für die Verleiherung bestehen, gleichmäßig zu verteilen, so daß also zum Beispiel bei monatlicher Verleiherung auf jeden Lohnzahlungsabschnitt ein Bruchteil des Jahresdeputatswertes der Deputate entfällt. Dieser Teilwert des Deputats wird dem für den einzelnen Lohnzahlungsabschnitt gezahlten Verlohn addiert, dann hinzunehmen und von der Summe der Steuerabzug abgezogen. Dabei ist es gleichgültig, wann die Vornahme der Deputate erfolgt ist. Werden die vom Landesfinanzamt festgesetzten Werte der Deputate im Laufe des Jahres geändert, so ist natürlich auch der Jahresgesamtwert der Deputate und der Wert der auf den einzelnen Lohnzahlungsabschnitte entfallenden Deputatwerte neu zu errechnen.

Personenampferverkehr zur Baumbilste

Die bereits weit vorgeschrittene Baumbilste wird wohl in den nächsten Tagen zur vollen Entwicklung kommen und der zu dieser Zeit stattfindende Ampferverkehr nach den Baumbilorten mit nächsten Sonntag den 22. April einsetzen. Besonders gern werden zur Baumbilste die im Elbale unterhalb Dresdens gelegenen Orte, wie Gohlis-Cottbus, Niedermaria, Gauenitz und die Wälsch Ortsteile aufgesucht. Verkehrsgesellschaften bieten am Sonntag die Personenampfer ab Dresden-N. wie folgt: vormittags 7.30 Uhr und 11 Uhr, nachmittags 1.30 Uhr, 2.30 Uhr und 4 Uhr. Zur Rückfahrt nach Dresden dienen die Weiken nachmittags 12.30 Uhr, 4.30 Uhr und 6 Uhr verlassenden Ampfer. Bei Bedarf wird nachmittags 8 Uhr noch ein Schiff ab Dresden bis Gauenitz eingesetzt, und werden die planmäßig vorgesehenen Fahrten teilweise noch unterbrochen. Oberhalb Dresdens wird nachmittags bis Wälsch Halbstundenverkehr

Die für Sonntag angekündigte **Severing-Verammlung** im Jirkus Sarrafani müß wegen dienstlicher Verhinderung des Genossen **Severing** ausfallen!

vorgehen. Bei dieser Gelegenheit sei wiederholt auf die bei der Gesellschaft eingeführten Selbstbehaltungen zu ermäßigten Preisen hingewiesen, mit denen sich besonders Familien ihre Fahrten wesentlich billiger machen können.

Strafenrüder

Der Häuptling in Kleinstücken gekochte Arbeiter Mag Otto Kubitz hat in Gemeinschaft etw. 2000 Mark am Abend des 17. Juli vorigen Jahres auf der Straße von Pirna nach Juchendorf einen Radfahrer überfallen, vom Sattel gezogen und ihm die Taschen und das Geldtäschchen mit 200 R. Inhalt geraubt. Der Räuber war ein gewisser Reffla, von dem sich jedoch herausgestellt hat, daß er geistig unzurechnungsfähig ist, und der gegenwärtig im Heil- und Pflegeheim zu Waldheim untergebracht ist. Kubitz gab bei seiner Vernehmung an, daß er im Felde eine Armbewachung erteilt habe und zweimal verschüttet worden sei. Infolge der letzten Verschüttung habe er 1921 in Arnsdorf gelegen. Er leide auch heute noch sehr an diesen Folgen. Aus seinen früheren Arbeitstellen sei er überall bald entlassen worden, weil er wegen seiner Arbeitslosigkeiten so oft in ärztlicher Behandlung war. Den Überfall auf den Radfahrer verurteilte er so darzustellen, als ob jener Reffla der Räuber und Ausführende gewesen sei. Der überfallene Radfahrer gab als Zeuge unter Eid aber eine Darstellung des Überfalls, nach der Kubitz die Beteiligung sicher ist. Richteramt Dr. Cr.: sagte als Sachverständiger über den Geisteszustand des Angeklagten, daß letzterer sich bei den Unternehmungen oft verstellt habe. Er sei als unzurechnungsfähig zu erklären, sei aber geistig etwas minderbetört. Der Überfallene hat wegen der erlittenen Schunden zwei Wochen im Krankenhaus und eine Woche zu Hause zugebracht. Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage auf verurteilen Strafenrüder, wozuf Kubitz zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt wurde.

Verhaftete Einbrecher. In der Dienststunde waren dem Verhaftungsamt des Gohlis-Baues-Dresdner Jungs zwei verdächtige Männer aufgefallen, die mit ungewöhnlichen Gepäck nach Dresden fuhren. Um die beiden in Verdacht geratenen Fahrgäste zu sichern, hatten die Eisenbahner ihnen unauffällig die Fahrscheine abgenommen, so daß die beiden am Ziel ihrer Reise sich nicht mehr bewegen konnten. Als der Zug in Dresden eintraf, wurde zunächst niemand ohne Fahrscheine besteuert, im Zug selbst war aber das verdächtige Gepäck und die beiden aufgefundenen Fahrgäste nicht in Empfang genommen worden. Die verdächtigten Fahrgäste waren unterwegs doch entkommen, bevor der Zug eintraf. Die Rückverfolgung der Gepäckstücke ergab, daß sich darin über 100 Paar Schuhe und Sandalen befanden, die von einem im gleichen Nachtverdien Einbruch in eine Großhändler-Schuhwarenfabrik stammen. Der Wert der Waare betrug über zwei Millionen Mark. Durch die zurückgelassenen Fahrgäste konnten inzwischen auch die beiden Eigentümer, zwei in Reichardt Straßchen wohnhafte Arbeiter ermittelt und festgenommen werden, die jenen Einbruch in Großhändler verurteilt, und die durch frühere Montagearbeiten in dorriger Wendung entsprechende Bekleidungsstücke bejahen.

Ein seiner Liebhaber ist der 1890 zu Walsdorf geborene, in Dresden-Kleinm. wohnhafte, wegen schweren Liebschaftsverstoßes händler Friedrich Ernst Kubitz, wie eine Verhandlung vor dem Dresdner Schöffengericht ergab. Der Angeklagte hatte mit einer Neben in Dresden ein Verhältnis angeknüpft und dieses dann am Weihnachtabend gelöst, nachdem er vorher einen goldenen Ring und eine Damenuhr des Mädchens unterzogen hatte. Das Mädchen ist dadurch um mindestens 100 000 R. geschädigt worden. Ertrag hat Kubitz bisher noch nicht geleistet. In der Verhandlung suchte der Angeklagte mit ganz ungläubigen Angaben sein Verhalten zu entschuldigen oder ganz in Abrede zu stellen. Das Gericht hielt aber den Schuldweis für voll erbracht und verurteilte Kubitz unter Verurteilung mildernder Umstände wegen Unterschlagung zu zwei Monaten Gefängnis.

Sparrasse des Stadt Dresden. Wegen Reinigung der Rassen- und Diensträume sind die Eonar- und Wirtschaffen des Dresdner, Köpcke, Tharandter Straße 1, Dresden-Neustadt, Rummelstraße 13, Dresden-Neustadt, Gaußner Straße 17, am Sonnabend, dem 21. April, für den Verkehr geschlossen.

Diebstahl. Am 15. April, gegen Mittag, wurde aus dem Auslieferungsbüro an der Brühlischen Terrasse ein Orgermäße, 25/30 Zentimeter groß, drei vollständige Führer mit roten Ledern bekleidet, in schwarzen Lederkoffern, von Rudi Scheffler, im Werte von 300 000 R. gestohlen. — Aus einem Fabrikgebäude in der Dörfelstraße wurden in der Nacht zum 19. April vier Universal-Elektro mit großem Drehlopf im Werte von 100 000 R. gestohlen. — In der

Zeit vom 7. bis 10. April wurden aus einem Lagerraum im Industriehof, Leipziger Straße 8, zwei Küster Autos, gez. R. O. D. Nr. 4 u. 5, und in der Nacht zum 18. April aus einer Fabrik an der Leipziger Straße drei Treibriemen gestohlen. — Ferner wurden aus einer Wohnung am Reichenbachplatz in der Nacht zum 18. April Kleinfachwaren, Kleinfachwaren mit Kirschen, Terpenin, Emalje, Gelbwachs, Kerzen und Kerzenstängel, verschiedene Briefe, drei neue Drehschrauben, eingebraunt K. & Z., Wasserleit., eine Kalkbütte aus Zinkblech, 1 L. geschmolzen, und verschiedene Dampfbrennzeuge gestohlen. In diesen Fällen bittet die Kriminalpolizei um sachdienliche Mitteilungen.

Warnung wird vor einem unbekanntem Betrüger, der bei hiesigen Reichsbanknoten außer Kurs gesetzte Dollarnoten unaufrichtig nutzt. Es ist ihm dies in einzelnen Fällen bereits gelungen, und die Geschädigten sind dadurch um ganz erhebliche Beträge geschädigt worden. Er wird wie folgt beschrieben: etwa 28-35 Jahre alt, schlank, schwarzes Haar, kurz verästelter Schnurrbart, bellerbe mit dunklem Anzug, samaritem Ueberzieher, auf Taille gearbeiteter, schwarzleibtem Kragenkragen mit schmalen weichen Streifen, schwarzen amerikanischen Handschuhen. Die Kriminalpolizei ersucht gegenentgelt um seine Festnahme.

Verrentale Lachen. Bei der Effektenverrentungsstelle des Polizeipräsidiums befindet sich ein Fahrrad, Marke Alhina, Nr. 10185, ferner ein Epantier (Kraftspanner) und 8 Stück Treibriemenleber in Verrentung. Die Sachen rühren vermutlich von Diebstählen her. Einmalige Geldstrafe wollen sich an vorgenannter Dienststelle, Zimmer 71 a, wochentags von 8 bis 2 Uhr, melden.

5. Volksschule. Wälsch Straße 10. Sonnabend, 21. April, abends 6 Uhr, Elternversammlung in der Turnhalle. Wahl eines Wahlvorstandes für die Elternratswahl. Anwesende der wälschen Schule, sorgt durch zahlreichem Besuch dafür, daß ihr im Wahlvorstand vertreten sein.

17. Volksschule. Wälschbleichstraße. Die Eltern werden nochmals auf die morgige Sonnabend um 7 Uhr, in der Turnhalle der Schule stattfindende Elternversammlung aufmerksam gemacht. Es ist ganz besondere Pflicht derjenigen Eltern, die Angehörige der freien Schule sind, vollständig zu erscheinen, da die Wahl zum Wahlvorstand vorgenommen wird und Bericht vom Elternrat erteilt wird.

27. Volksschule. Sonnabend den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, in der Schulturnhalle Elternversammlung. Tagesordnung: Bericht des Elternrats und Wahl des Wahlvorstandes. Alle Eltern, die auf weltlicher Seite stehen, werden ersucht, unbedingt zu erscheinen.

40. und 56. Volksschule in Trachau. Morgen Sonnabend, 6 Uhr, Elternversammlung in der Turnhalle der 56. Volksschule. Sämtliche Erziehungsberechtigten sowie alle Eltern, die Kinder in diese Schulen schicken, werden gebeten, zahlreich in dieser äußerst wichtigen Versammlung zu erscheinen.

Schluss. In der heute abend 7 1/2 Uhr, in der Schule stattfindenden Elternversammlung die den Wahlvorstand bestimmen soll, wird der Jahresbericht des Elternrats mit gegeben.

Verleiderische Freuden. Gruppe Johannstadt-Vormalsche Vorstadt. Sonnabend, 21. April, 7 1/2 Uhr, findet im Restaurant Genselber, Kaulbachstraße 18, ein Lichtbildvortrag: Meine Reise durch Galästina, statt. Referent: Genosse Wälsch. Eintritt frei, Gölle willkommen. — Beiträge für die Feuerbestattungsliste werden ab 7 Uhr entgegengenommen.

Dresdner Umgebung

Niederfeld. Elternratswahl in dem zusammengefügten Schulbezirk Niederfeld und Wälsch. Auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts vom 23. Februar 1921 über Elternratswahl zur Ausführung von § 11 des Ubergangsgesetzes für das Volksschulwesen vom 22. Juli 1919 und der Verordnung des gleichen Ministeriums vom 22. August 1921 wird folgendes bekanntgegeben. Die Wahl findet Sonntag den 18. Mai 1923 für den Ortsteil Niederfeld in der Turnhalle der Volksschule, für Wälsch und den Ortsteil Wälsch in der Gemeindefabrik in der Zeit von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr statt. Der zusammengelegte Schulbezirk bildet also zwei Wahlbezirke. Die Zahl der zu wählenden Elternratsmitglieder beträgt 7. Diese werden in allgemeiner, gleicher, geheimer und unmittelbarer Wahl nach den Grundfähigen der Verhältnismäßigkeit auf ein Jahr gewählt. Stimmberechtigt sind beide Eltern der Schullinder, die die hiesigen Schulen besuchen, oder deren gesetzlicher Vertreter. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme, auch wenn mehrere seiner Kinder die hiesigen Schulen besuchen. Die uneheliche Mutter hat auch Stimmrecht. Ausgeschlossen von der Stimmberechtigung ist, wer entmündigt oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, wer in Konturs ist oder infolge eines rechtskräftigen Urteils bürgerlicher Ehrentreue erlangt.

Die Wählerliste liegt von Sonnabend den 21. April an acht Tage im Rathaus Niederfeld — Volksgewand — während der geschriebenen Dienststunden (Sonntag von 9 bis 1 Uhr) öffentlich aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerliste sind innerhalb gleicher Frist schriftlich oder zu Protokoll bei dem unterzeichneten Wahlleiter anzubringen und zu begründen. Der Abbruch der Wählerliste erfolgt am 6. Mai 1923. Aufnahmen können dann nicht mehr erfolgen. Wähler sind alle Stimmberechtigten, jedoch erfolgt die Wahl nur auf Grund von Wahlvorschlägen, die spätestens bis 5. Mai 1923, nachmittags 6 Uhr, bei dem Wahlleiter einzureichen sind. Die Wahlvorschläge dürfen nicht mehr Stimmen enthalten, als Mitglieder des Elternrates zu wählen sind. Sie müssen von mindestens 20 Stimmberechtigten unterzeichnet sein. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen. Kein Bewerber darf in mehreren Vorschlägen zugleich oder in einem Vorschlag mehrfach aufgeführt sein. Die Aufführung muß in erkennbarer Reihensfolge geschehen. In jedem Wahlvorschlag ist ein Verzeuungsmann eventuell auch Stellvertreter zu bezeichnen, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlentscheidungsbevollmächtigten ist. Nicht die Bezeichnung des Verzeuungsmannes, so gilt der erste Unterzeichnete als solcher. Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden. Die Verbindung muß von den Unterzeichneten der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend, spätestens am 5. Mai 1923, bei dem Wahlleiter schriftlich erklärt werden. Verbundene Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als ein einheitlicher Wahlvorschlag, sie können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden. Der Wahlleiter wählt als Wahlleiter, zwei stimmberechtigte Wahlgehilfen und ein Schriftführer bilden den Wahlvorstand, in der

Lastauto gegen Eisenbahn!

Was hier die Schienen, sind dort die Reifen. Betriebssicherheit ist ausschlaggebend, daher ist das Beste gerade gut genug. Für Lastwagenbereifung heißt dies: Nimm



Continental
Vollreifen

Um die Elternratswahlen

Die Arbeiterruheordnung

Das Stadtoberordnetenkollegium hat die vor einigen Wochen verabschiedete Arbeiterruheordnung gegenüber der Ratvorlage in einigen Punkten einer Abänderung unterzogen. Der Ratsbeschluss sollte bereits mit dem 21. Lebensjahre einleiten und dem Betriebsrat ein Mitwirkungsrecht in der Verwaltung der Beiträge, die zum Übergang der Ruhe von der Arbeiterkassette selbst aufgebracht werden, eingeräumt werden. Der Rat hat diese Beschlüsse abgelehnt, so daß gestern das Kollegium erneut zu dieser Frage Stellung nehmen mußte. Genosse Eißner als Berichterstatter empfahl auch diesmal wieder, es bei der Grundtendenz des ehemaligen Beschlusses zu belassen. Dem stimmte auch das Kollegium in seiner Mehrheit zu, nur der deutschnationale Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Wittmann, der wegen seines „Rechts“sinnes dem größten Teil des Kollegiums nicht sehr ernst genommen wird, mußte sich natürlich gegen das Gutachten aussprechen und fand darin ausgerechnet noch Unterstützung durch den deutschnationalen Handlungsgehilfen Stier, dem das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte nicht paßt.

Zu einer längeren Aussprache, in die durch die Bürgerlichen, besonders durch den christlichen Gewerkschaftssekretär Voigt und den deutschnationalen hakenkreuzgeschmückten Volksschullehrer Kühn eine unnötige Schärfe getragen wurde, kam es bei der Beratung eines Dringlichkeitsantrages unserer Fraktion, monach Elternratswahlen in diesem Jahre nicht stattfinden zu lassen, oder bei einer Ablehnung des Dispensgesuches durch das Ministerium, die Wahlen für den 10. Juni anzusetzen sind. Genosse Döhlisch begründete diesen Antrag in durchaus sachlicher Form, unter Zurückstellung jeglicher parteipolitischen Momente. Das paßt den Bürgerlichen nicht in den Streifen und so setzte von dieser Seite eine der Sache wenig dienliche Kanonade gegen alles ein, was nicht unbedingt auf die christliche Kirche schwört, allerdings ohne Erfolg. Im Schlusswort widerlegte Genosse Döhlisch alle Angriffe der Rechten und der Antrag wurde angenommen.

Unterstützung insofern zurückgebliebener Mitarbeiter in Not geratener Hausbesitzer teilte der Rat mit, daß er beschlossen habe, das Ortsmeteramt zu ermächtigen, den Mietern mit halbjähriger Kündigungsfrist, die auf angemessene Mieterhöhung bisher nicht eingegangen sind, durch besondere Zuteilung die freiwillige Nachzahlung der ungetragenen Betriebskosten nachzulassen. Der Prüfungsausschuß empfahl, davon zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Das Kollegium hatte vor einiger Zeit den Antrag gestellt auf Herbeiführung der Freigabe des reichsbesetzten Grundstückes Marxnerstraße 11 (vorm. Bezirkskommando) zu Wohn- oder gewerblichen Zwecken und auf Verwendung der übrigen im Stadtbetriebe liegenden Grundstücke und Wohnungen, soweit sie sich im Besitze oder in Verwahrung der Staats- und Reichsbehörden befinden, nach den Vorschriften des Wohnungsgesetzes. Entsprechend dem Ausschussantrage wurde von dem vorliegenden Ratsbeschlusse Kenntnis genommen, gleichzeitig aber der Rat ersucht, a) auch weiterhin bei den Reichs- und Landesbehörden darauf zu dringen, daß der Wohnungsnot wie in anderen Städten auch in Dresden von diesen Behörden in höherem Maße Rechnung getragen wird als bisher und entsprechende Anträge dem Wohnungsamte zur Verfügung gestellt werden, b) insbesondere darauf zu bestehen, daß dem Wohnungsamte die Befähigung der Räume der Reichs- und Landesbehörden gestattet wird.

Zu der Vorlage über die Errichtung eines Betriebses für Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versicherung für die städtischen Arbeiter — Arbeiterruheordnung — lag folgendes Ausschussgutachten vor:

Kollegium wolle beschließen, von dem Ratsbeschlusse Kenntnis zu nehmen, jedoch an seinen Beschlüssen vom 22. Februar auch unter I Ziffer 4b (Beginn des Ruhestandesanspruch mit dem 21. Lebensjahre) und Zusatzantrag Gruner unter Ziffer 11 (Mitwirkung des Betriebsrats an der Verwaltung der Beiträge) festzuhalten, im übrigen unter I Ziffer 5a mit der Abweichung auszustimmen, daß es hinter 80 Proz. heißt: Es hat der Rat darauf hinzuwirken, daß die Beiträge der Ruheempfänger entsprechend geändert werden.

Nach unentschiedener Debatte wurde das Ausschussgutachten angenommen. Ein Antrag Platter u. Gen. bezog sich, den früheren Zustand der sogen. Polizeiwiese mit künftiger Beschleunigung — und zwar noch vor der im Mai 1923 zu eröffnenden Jahreschau — wieder herstellen zu lassen. Der Antragsteller erklärte, der Antrag sei die Konsequenz der Ablehnung der Ratvorlage auf Überlassung der Polizeiwiese an den Sportverein Dresdenia. Auf Antrag des Genossen Eißner wurde der Antrag dem Verwaltungsausschuß überwiesen.

Der Demokrat Clajus ersuchte den Rat, den zur Zeit brachliegenden Teil des Geländes an der Pelzhofstraße, das ursprünglich dem Textilforschungsinstitut zur Verfügung gestellt werden sollte, als Sportplatz zu verwenden. Die Sache soll im Ausschuss weiter behandelt werden.

Verchiebung der Elternratswahlen
Endlich kam nach ein Dringlichkeitsantrag u. Gen. (Sog.) zur Beratung:
Kollegium wolle beschließen:

a) vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts Dispens zu erbitten, die diesjährigen Elternratswahlen nicht stattfinden zu lassen und die Wahlperiode für die Elternräte wieder auf längere Zeit festzusetzen,

b) bei Ablehnung des Dispensgesuches die diesjährigen Wahlen nach der Festsetzung des Schuljahres auf den 10. Juni anzusetzen.

c) den Rat zu ersuchen, diesen Beschlüssen beizutreten.
Der Antragsteller führte begründend aus, daß es sich um schulischen und schulpolitischen, aber auch um finanziellen Gründen nicht empfehle, nach der kurzen Spanne Zeit von einem halben Jahre erneut Wahlen vorzunehmen und dadurch die Elternratsarbeit zum Wohle der Schule und der Kinder zu fördern.

Stadtv. Voigt (D. Vp.) trat für alljährliche Elternratswahlen ein. Die Linke habe lange vor dem Ausgange der Wahlen, (Sachen links.)

Stadtrat Dr. Matthes versicherte zunächst, daß dem Rate mit der Festsetzung des Wahltermins eine Ueberbrückung der Elternschaft ferngelegen habe. Das Schulamt hatte beschlossen, die Elternratswahlen in jedem Jahre Anfang Mai stattfinden zu lassen. Der Schulratspräsident in seiner Weisheit habe aber den Standpunkt eingenommen, den heute Döhlisch vertreten habe. Da vom Landtage eine Revision der Bestimmungen über die Elternratswahlen beschlossen worden dürfte, sei der Rat mit der Verlegung des Wahltermins auf den 10. Juni einverstanden.

Stadtv. Schrapel (Komm.) erklärte sich gegen eine Verlängerung der Wahlperiode für die Elternräte.

Nach weiterer Debatte wurde der Antrag Döhlisch mit der Streichung des Absatzes, die Wahlperiode für die Elternräte wieder auf längere Zeit festzusetzen, in seinem ersten Teile mit 42 gegen 30 Stimmen angenommen, im übrigen mit erheblicher Mehrheit.

Grundlegende Veränderung erfahren, zeitweilig ist jedoch mit Wärmehilfsmaßnahmen zu rechnen. Die Einstrahlung wird die Temperatur tagsüber steigern, nachts ist bei klarem Himmel noch mit Nachfrösten zu rechnen.



KOMBELLA-Shampoo

Das Haar wird strahlend, gesund, voll, öpplig und erfrischt jedes moderne Friseur- — Schuppen, Schindeln, Hautausschlag, werden beseitigt und verhindert, selbst dort, wo Seife, scharfe und schmerzliche Mittel das Haar verderben haben. Erfrischender, vornehmer Wohlgeruch. — Verlangen Sie ausdrücklich KOMBELLA-Shampoo.

Das Beste zur Kopfwäsche!
Überall zu haben.

Bestallungsschule. Herr Lehrer Vonnese, zwei hundertjährige Bestallungsschule und ein Schriftführer den in der Comeniuschule. Die Zusammenstellung des Ergebnisses der Wahl erfolgt in der Turnhalle der Bestallungsschule. Sämtliche zugelassenen Wahlvorstände werden spätestens fünf Tage vor dem Wahltag öffentlich bekanntgemacht. Nach dieser öffentlichen Bekanntgabe können Wahlvorstände nicht mehr zurückgenommen werden. Die Wahlbehandlung ist die gleiche wie bei den Gemeinderatswahlen.

Kollektive. Die Strompreise werden im Bezirke des Gemeindevorstandes für das Elektrizitätsnetz Osttal im Monat April wie im März erhoben. Ab 1. April ist zwar eine Ermäßigung des Strompreises eingetreten. Dieser Ermäßigung steht jedoch eine Erhöhung der Löhne und Gehälter gegenüber, die bei der letzten Strompreiserhöhung nicht berücksichtigt worden ist. Die letzte Festsetzung der Strompreise ist im Februar erfolgt. Nach dieser Festsetzung sind Erhöhungen der Löhne und der Gehälter und anderer Betriebsausgaben eingetreten, die die geringeren Ausgaben aus dem ermäßigten Strompreis ausgleichen. Die Erhöhungen hätten zu einer Steigerung der Strompreise führen müssen, wenn sich kein Ausgleich auf der anderen Seite ergeben hätte.

Comenius. Der Gemeinderat hat in der Sitzung vom 18. April einstimmig die Errichtung einer Preisprüfungskommission beschlossen. Als Leiter dieser Abteilung wurde Gemeindevorsteher Vonnese gewählt, dem noch mehrere Ratgeber unterstellt sind. Alle Beschlüsse der Kommission über Preiswachen oder Zurückhaltung von Waren für den täglichen Bedarf sind direkt an Gemeindevorsteher Vonnese, Dresdenstraße 9, 1., schriftlich zu richten und werden auch von dort aus verfolgt. Die Kommission wird ersucht, den Leiter sowie die Mitglieder der Preisprüfungskommission bei ihrer Arbeit zum Wohle der Einwohner weitestgehend zu unterstützen.

Aus dem Parteileben

U.S.D. Betriebsvertrauensleute der Post!

Die vom Bezirksleiter an unsre Obleute der Post beschickten Fragebogen sind bisher erst zu einem geringen Teil ausgefüllt an uns zurückgegangen. Wir bitten deshalb die Obleute, die Fragebogen baldigst an das Bezirksleiteramt, Wettinerplatz 10, 1., einzulenden.

4. Unterbezirk

Bezirk Trautenberg. Unsere Jugendgruppe veranstaltet Sonnabend den 21. April im Gasthof Wilder Mann eine Frühjahrsfeier, verbunden mit dem Verkauf von guten Wädhern. Einlaß 6 1/2 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr. Alle schulentlassenen Burken und Wädhel, sowie Eltern, Freunde und Gönner unserer Jugend sind herzlich willkommen. Genossen, unterstützt unsre Jugend!

5. Unterbezirk

Heute Freitag den 20. April, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Volkshauses

Jahresgeneralversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Massenbericht. 2. Rechnungen der Kreisleitung, der Vertreter für den Bezirksvorstand und der Zeitungskommission. 3. Parteiangelegenheiten. Zutritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches oder Karte.

Gruppen 1 und 4. Die Jugendgruppe Altstadt veranstaltet Sonntag den 22. April, abends 7 Uhr, im Saale des Hausfrauenbundes, Winkelmännstraße 4, eine Frühjahrsfeier. Darbietungen: Rezitationen, Begrüßungsansprache, Liebes zur Laute, Festspiel. Zu dieser Feier sind alle Parteigenossen und Parteigenossinnen herzlich willkommen, besonders auch die schulentlassenen Burken und Wädhel. Da der Eintritt für Jugendliche einschließlich der Eltern nur 50 M. beträgt und eine Vereinfachung von Getränken nicht erfolgt, ist es jedem möglich, zu kommen.

Kinderkommission. Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, Sitzung im Volkshaus. Fragebogen und Rechnungen mitbringen.

Jugendsozialisten Dresden-Alstadt. Sonnabend, Punkt 7 Uhr, in der Weichen Schloße Zusammenkunft mit Vortrag.

Der zweite Vortrag Hellisch über Marx-Theorien ist auf den 30. April verlegt worden.

6. Unterbezirk

Gemeindevorstanderversammlung

Sonntag den 22. April, vormittags 9 1/2 Uhr, im kleinen Saale der roten Schänke, Freital. An dieser Konferenz haben teilzunehmen alle sozialdemokratischen Gemeindevorstände und Gemeindevorstände der oberen und unteren Plauenischen Grundes sowie die Mitglieder der Erwerbslosenfürsorgeausschüsse. Tagesordnung: Die Erwerbslosenfürsorge.

Gruppe Altstadt. Sonnabend den 21. April, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Poststraße, volkstümlicher Kunstabend. Oberleitender Direktorische mit Vortragsbegleitung. Vortragender Herr Lehrer Götz, Hans Koller.

Geldsp. Die Genossinnen und Genossen sowie Leser unserer Volkszeitung werden hierdurch auf die am Sonntag, vorm. 10 1/2 Uhr, im Gasthof an Winkelmännstraße 4, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht. Genosse Reichsstadtsabgeordneter Goldmann, Berlin, spricht über: Steuerfragen, Arbeiterbewegung und nationalsozialistische Gefahr. Besucht Sonntag alle diese Versammlungen!

Gruppe Stehlsch-Mohlsch. Morgen Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, im Wohnschloßchen zu Stehlsch wichtige Mitgliederversammlung.

Jugendsozialisten Kaufh.-Gebirg. Heute Freitag, pünktlich abends 7 Uhr, im Jugendheim, Pichsstraße 9, Ost. 1. Abend über Weiche. Gäste willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend
Gruppe Trautenberg. Sonnabend den 21. April findet im Gasthof Wilder Mann unsere Frühjahrsfeier statt. Einlaß 6 1/2 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr. Alle schulentlassenen Burken und Wädhel sowie Eltern, Freunde und Gönner unserer Bewegung sind herzlich willkommen. Dabei findet ein Verkauf von guten Wädhern statt.

Gruppe Altstadt. Sonntag den 22. April, abends 7 Uhr, findet im Saale des Hausfrauenbundes, Winkelmännstr. 4, unsere Frühjahrsfeier statt. Die Darbietungen bestehen aus: Begrüßungsansprache, Rezitationen, Liebes zur Laute und einem Festspiel. Zu dieser Feier sind besonders die schulentlassenen Burken und Wädhel eingeladen. Da der Eintritt für Jugendliche einschließlich der Eltern nur 50 M.

Stadtoberordnungsung

vom 10. April 1923.

Das Kollegium hat seinerzeit den Rat ersucht, a) bei den Landes- und Reichsbehörden dahin zu wirken, daß

1. die nach § 10 des Reichsgesetzes vom 20. Juni 1921 in Verbindung mit dem Gesetz vom 6. März 1922 eingesehene Summe von 20 000 M. entsprechend der Geldentwertung wesentlich erhöht und
2. eine sozialere Ausgestaltung der Wohnungsbauausgabe herbeigeführt werde durch Einstellung der Ausgabe unter Berücksichtigung der Anzahl, des Einkommens und des Vermögens, sowie

b) durch den Deutschen Städtebund oder in sonst geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die Wohnungsbauausgabe durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufgebracht werde.

Der Rat hatte darauf beschlossen, zu a) dem Ersuchen der Stadtoberordneten zu entsprechen, zu b) bereit zu sein, die Erfahrungen bei Erhebung der Wohnungsbauausgabe abzuwarten, zu b) dem Beschlusse der Stadtoberordneten nicht beizutreten. Das Kollegium nahm von dem Rat Bescheid Kenntnis, ersuchte aber gleichzeitig den Rat, zum Beschlusse a) binnen zwei Monaten nach Erhebung der Wohnungsbauausgabe hierüber Bericht zu erstatten.

Mit der anderweitigen Erhöhung der Preise für Leder usw. in den städtischen Volkshäusern vom 28. März 1923 an erklärte sich das Kollegium einverstanden, darüber hinaus ersuchte es aber den Rat, den Stadtoberordneten künftig vor Infragestellung neuer Preissteigerungen eine Vorlage herüberzugeben.

Für die Jugendpflege und die Unterstützung armer Kinder der Volks- und Hülfschulen wurden antragsgemäß 4 Millionen Mark und zur Beschäftigung der Lehrkräfte bei Klassenüberdeckungen 8 575 000 M. bewilligt.

Eine Ratvorlage forderte die Einstellung von 63 Millionen Mark für die öffentliche Handelslehranstalt der Dresdner Kaufmannschaft in dem Haushaltsplan 1923 und die Auszahlung von 15 1/2 Millionen Mark als erstes Viertel der Beiträge zur Verabschiedung des Haushaltes unter Anerkennung der Dringlichkeit. Der Finanzausschuß beantragte die Zustimmung.

Der Kommunist Schrapel meinte, die Dresdner Kaufmannschaft sei selbst in der Lage, die erforderlichen Gelder aufzubringen. Mit der bereits erfolgten Auszahlung des ersten Viertels müsse man sich abfinden, im übrigen lehne er die angeforderten Mittel ab.

Die Vorlage wurde angenommen, zum Teil gegen die kommunistischen Stimmen.

Auf das Gesuch des Hausbesitzervereins um Vereinfachung von 2 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln zur

Befruchtung und eine Vereinfachung von Getränken nicht erfolgt, ist es jedem möglich, zu kommen.

Wanderführer Groß-Dresdens! Die am 17. April stattgefundenen Ferienfahrten hat die diesjährigen Ferienfahrten — 6 an Zahl — ausgearbeitet. Da die Wanderführer leider eine Gleichgültigkeit und sehr geringes Interesse durch ihre Abwesenheit an den Tagen leisten, hoffen und wünschen wir — es werden noch zwei Führer benötigt —, daß sich hierzu noch einige finden werden. Meldungen werden bis spätestens Dienstag den 24. April, abends 6 1/2 Uhr, nach der Wanderzentrale (Volkshaus) erbeten. Entwürfe können, wenn Führer vorhanden, noch angenommen werden.

Wettervorherlage für den 21. April

Vormiegend heiter, tagsüber ziemlich warm, nachts Frohgefahr.

Wetterlage: Unter dem Einfluß einer kühlen Gräde haben Drüde, die Hochdruckzone über dem europäischen Nordmeer und dem Schwanen Meer verbindet, herrscht in Sachsen heitere Witterung. Dieser Druck liegt über dem Golf von Biscaya und verläuft, nach Osten durchzubringen. Zunächst wird dadurch unsre Witterung keine

SUNNIGHEIT

SEIFE



ist stets rein und neutral,
wie die feinste Seife,
und greift deshalb die Haut nicht an.

Seite 8
 Mittwoch
 Freitag den 20. April 1923
 Volkszeitung
 Seite 9

Die Finanznot der Bezirksverbände

Auf der Hauptversammlung des Verbandes der Deutschen Handwerksvereine in Dresden, über die wir in Nr. 88 der Dresdener Volkszeitung berichteten, hielt der Geschäftsführer des Sächsischen Verbandes der Bezirksverbände, Regierungsrat Dr. Rüdiger, einen bemerkenswerten Vortrag über das Thema: Der Finanznot der Bezirksverbände und Gemeinden. Er wies darauf hin, daß die Bezirksverbände in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen hätten, da ihnen viele neue Aufgaben zugewiesen worden seien, besonders soweit die Wohlfahrtspflege in weitestem Sinne in Betracht komme. Zu deren Bewältigung seien neben einem großen Aufwand von Arbeit ungeheure Mittel erforderlich. Was sei aber geschehen, um die Bezirksverbände zu finanzieren, damit sie imstande wären, diese Aufgaben zu erfüllen? So gut wie nichts! In der Hauptsache seien heute noch die Bezirksverbände auf die Bezirksumlage angewiesen. Das Vollzugsrecht zum Landessteuergesetz habe zwar den Bezirken die Einführung von Steuern gestattet, die Bewegungsfreiheit der Bezirksverbände auf steuerlichem Gebiete sei aber durch die immer mehr sich ausdehnende Steuerhoheit des Reichs und der Länder sehr beschränkt. In der letzten Zeit hätten nun die Bezirksverbände eine Erleichterung ihrer gespannten Finanzlage von der Reichsregierung erwartet, aber schon meldesten sich Reich und auch die Landesregierung mit ihrem Einspruch. So werde geltend gemacht, daß diese Steuer mit der Landesgewerbesteuer kollidiere. Und man dürfe kaum hoffen, diesen Widerstand zu brechen. Der Ertrag der Jugitersteuer, der auf 1 1/2 Milliarden Mark geschätzt werde, könne die Finanzlage der Bezirksverbände auch nicht verbessern, weil er den wegrutzugungspflichtigen Gemeinden zugeführt werden müsse. Also blieben die Bezirksverbände in der Hauptsache nach wie vor auf die Bezirksumlage angewiesen. An sich ein ausgezeichnetes Finanzierungsmittel, das aber an zwei Voraussetzungen geknüpft sei. Einmal müsse sich die Bezirksumlage in bescheidenen Höfen halten und zum andern müßten die Gemeinden durch Erhöhung ihrer Steuern in die Lage versetzt werden, die Bezirksumlage aufzubringen. Die Verhältnisse hätten sich aber in dieser Beziehung sehr geändert. Der Bedarf des Bezirks sei außerordentlich gestiegen und lasse sich oft bei Aufstellung des Haushaltsplans gar nicht überschauen, so daß die Gemeinden auch gar nicht wüßten, welche Anforderungen der Bezirk an sie stellen werde, um rechtzeitig disponieren zu können. So wie bisher könne es nicht weitergehen. Die Bezirksverbände müssen an den Reichs- und Landesregierungen teilhaben. Sollte die Hilfe wirksam sein, müsse die Beteiligung an der Einkommen-, der Körperschafts-, und auch an der Umsatzsteuer erfolgen. Die Beteiligung an diesen Steuern lasse sich durch die Bezirksumlage nicht ersetzen. Die Bezirksumlage müsse unbedingt weiter bestanden bleiben. Von zwei verschiedenen Seiten hätten diese Forderungen aber erheblichen Widerstand zu erwarten, von den Ländern und den Gemeinden. Dieser Widerstand sei aber nicht berechtigt. Das Land habe das höchste Interesse daran, daß die Bezirksverbände leistungsfähig bleiben. Die Situation sei ernst, was selber nicht von allen Landesregierungen erkannt werde. Auch die sächsische Regierung habe den Antrag des Verbandes der Bezirksverbände auf Verzicht auf die Beteiligung der Bezirksverbände an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer nicht unterstützt. Welche es dabei, dann bleibe nichts anderes übrig als abzugeben, und zwar radikal und mit größter Beschleunigung. Die sozialen Aufgaben würden dann freilich im wesentlichen auf dem Papier stehen bleiben.

wenden, die der sächsischen Regierung die Mittel verweigerten. (Wie z. B. bei der Erhöhung der Gewerbesteuer.) Als Vorstand des Sächsischen Gemeindefonds habe der Oberbürgermeister Wüster für die Erhöhung der Gewerbesteuer gestimmt, als Landtagsabgeordneter aber dagegen, ebenso der Chemnitzer Oberbürgermeister Dr. Gültzmann. Die sächsische Regierung befinde sich deshalb in einer Zwangslage. Auf der einen Seite werde sie von den Bezirksverbänden gedrängt, Mittel zu beschaffen, und auf der andern Seite verweigere man ihr steuerliche Einnahmen. Die Befürchtung, daß die Einschaltung der Bezirksverbände als direkte Steuerbesitzer auf Kosten der Gemeinden geschehen werde, sei jedenfalls nicht von der Hand zu weisen. Der Sächsische Gemeindefonds habe sich einstimmig gegen das Verlangen der Bezirksverbände ausgesprochen, und so ergäbe sich ein ganz anderes Bild von der Stellungnahme der sächsischen Regierung, die mit Recht Widerstand geleistet und damit nicht weiter gehen habe als was der Sächsische Gemeindefonds und der Landtagsabgeordnete von ihr verlangt haben. Wenn man zu einigermaßen geordneten Zuständen kommen wolle, so müßten der Regierung die erforderlichen Mittel in die Hand gegeben werden durch Erhöhung der Gewerbesteuer. Auch seien bei weitem noch nicht alle Steuerquellen erschöpft. Vor allem müsse aber auch die Erfassung der Sachwerte gefördert werden. Solange das nicht der Fall sei, müsse erklärt werden, daß man Reich, Länder und Gemeinden die notwendigen Mittel nicht zuführen wolle.

Eine Erwiderung auf diese Anklage gegen die bürgerlichen Parteien erfolgte nicht, der Vortragende meinte nur, der Vortragende sei wohl mißverstanden worden, dieser habe als Vertreter der Bezirksverbände gesprochen, während sich Amborn mehr als Gemeindevorsteher gefühlt habe.

Gewerkschaftsbewegung

Die internationalen Berufssekretariate

Internationale Berufssekretariate bestehen gegenwärtig 28, von denen nur noch sieben ihren Sitz in Deutschland haben, und zwar je drei in Berlin und Hamburg und eins in Nürnberg. Von den übrigen haben acht ihren Sitz in Amsterdam, drei in Wien, je zwei in Brüssel und London und je eins in Antwerpen, Rom, Mailand, Venedig, Prag, Warschau, Wien und Zürich. Der Mitgliedszahl nach steht an erster Stelle das internationale Sekretariat der Metallarbeiter mit 849 282 Mitgliedern (Sitz Bern), ihm folgt das der Bergarbeiter mit 2 614 215 Mitgliedern (Sitz London), das der Fabrikarbeiter (Amsterdam) mit 2 386 446 Mitgliedern, Transportsarbeiter (Amsterdam) mit 2 264 508 Mitgliedern, der Landarbeiter (Amsterdam) mit 1 711 520 Mitgliedern und der Textilarbeiter (London) mit 1 613 198 Mitgliedern in den angeschlossenen Verbänden. Das internationale Sekretariat der Holzarbeiter umfaßt 858 021 Mitglieder (Sitz Amsterdam), das der Privatangestellten 838 780 Mitglieder (Amsterdam), das der Bauarbeiter 607 683 Mitglieder (Sitz Hamburg), das der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten 521 000 Mitglieder (Wien), der öffentlichen Betriebe, Gemeinde- und Staatsarbeiter (Amsterdam) 484 412 Mitglieder, der Schneider (Amsterdam) 482 041 Mitglieder, das Sekretariat der Leberarbeiter (Nürnberg) 353 810 Mitglieder und das der Lebens- und Genussmittelarbeiter (Zürich) 331 637 Mitglieder. Neben 100 000 Mitglieder zählen noch die Sekretariate der Buchdrucker (206 212) und der Buchbinder (193 290) in Bern, der Raffinerie- und Hotelangestellten 197 312 in Amsterdam, Tabakarbeiter (Amsterdam) 163 012, Steinarbeiter (Zürich) 148 619 und das der Glasarbeiter (Paris) 134 322.

Neben 50 000 Mitglieder zählen die Zimmerer (Hamburg) 97 672, Maler (Hamburg) 80 213, Quilmacher (Rom) 60 880 und Musiker (Brüssel) 52 500. Mit weniger als 50 000 Mitgliedern bestehen nur fünf Sekretariate, und zwar die Lithographen (Brüssel) 41 885, Diamantarbeiter (Antwerpen) 22 740 und in Berlin Köpfer 13 500, Kürschner 13 095 und Friseurgehilfen 12 858. Bemerkenswert ist, daß die Mitgliedszahlen zum größten Teil den Stand Ende 1921 angeben und nur in fünf Fällen den Stand vom Schluß des Jahres. Die Verhältnisse der Verbände haben sich verhältnismäßig sehr geändert, daß die Angehörigen einzelner Berufs in größerer Zahl gewerkschaftlich organisiert sind, als es in diesen Mitgliedszahlen zum Ausdruck kommt. Die Gesamtzahl der Mitglieder der

Verufssekretariate, die 20 200 182 beträgt, wird dadurch jedoch nicht beeinflusst.

Arbeitsvermittlung

Die Arbeitgeber der Holzindustrie im eigenen Betriebe auffassen, dafür gibt ein recht drastisches Beispiel die Firma Müller & Söhne, Feinbrennerei, Dresden-Altstadt, Röntgenstraße 20.

Eine ganze Zeitlang wurde bei den Verhandlungen über die Regelung der Lohnfrage die Lohnarbeit als Vergleichsobjekt für die Festhaltung der Löhne in der Holzindustrie benützt. Die Firma änderte aber ihre Taktik, als der Schlichtungsausschuß durch Spruch Löhne festsetzte, die einermäßig der Existenzmöglichkeit Rechnung trugen, indem sie die Arbeitszeit mit der Begründung des niedrigen Lohnzustandes und der angeblich dadurch bedingten Arbeitsvermittlung auf acht Stunden pro Woche herabsetzte.

Dem Arbeiterrat wurde dies bezüglich mitgeteilt, und wiederum mußte der Schlichtungsausschuß durch Spruch dem Arbeiterrat das Mitbestimmungsrecht in dieser Frage durch Verhandlung zugesprochen.

Ihrem arbeiterfeindlichen Verhalten setzte die Firma dadurch die Krone auf, daß sie sechs Arbeitern, darunter Mitgliefern des Arbeiterrats, die Kündigung zuschickte. Die Leute sind zum Teil 20 bis 30 Jahre bei der Firma beschäftigt. Diesen mit Dabein der Größe beschäftigten Leuten wurde angetragen, die an sich häßliche und gruselige Raum erfordern Arbeit in ihren engen Arbeiterwohnungen als Heimarbeit zu verrichten.

Zugleich wurde in den Blättern eine Annonce erlassen, wonach zu dauernder Beschäftigung Heimarbeiter für diese Arbeit gesucht werden. Auch eine Illustration des angeblichen Arbeitsmangels!

Die vom Arbeiterrat geltend gemachte Einwendung, daß vor Streckung der Arbeitszeit die nicht auf Erwerb Angehörigen zu entlassen sind und daß auch die Vorarbeiter und Meister derfür arbeiten müssen, die während der fünfjährigen Freizeitschicht Betriebsarbeit verrichten, wurde von der Firma unbeachtet gelassen.

Zur Begründung der Entlassung dieser sechs Arbeiter wird angegeben, daß eine Mehrleistung infolge der hohen Löhne eintritt. In Wahrheit will man sich aber hauptsächlich der Arbeiter entledigen. Da hier weder eine teilweise Stilllegung noch Auflösung einer Betriebsabteilung in Frage kommt und nur in gewerblichen Räumen zu verrichtende Arbeit in Betracht kommt, wird das Gewerkschaftsamt ganz besonders auf diesen Betrieb hingewiesen. Ebenso wird es Aufgabe des Wohnungsamts sein, die beschränkten Räume sofort zu Wohnungszwecken mit Beschlag zu legen.

Aus diesem Sachverhalt sieht man deutlich, wie die Arbeitgeber die sonst in allen Löhnen gepriesene Notgemeinschaft laßlich ansetzen.

Ausstellung des Deutschen Hygienemuseums. Gegenwärtig findet in den Räumen des ehemaligen Markthalls am Markt, an der Zwingerstraße, die Ausstellung des Deutschen Hygienemuseums statt, deren Besuch nur empfohlen werden kann. Wir haben bereits bei der Eröffnung der Ausstellung auf die Einzelheiten hingewiesen. Der Ortsausschuß Dresden des D. G. B. teilt uns mit, daß es ihm gelungen sei, für Gewerkschaftsmitglieder eine erhebliche Ermäßigung des Eintrittspreises zu erreichen. Während der normale Eintrittspreis 500 M. beträgt, können durch ihn an Gewerkschaftsmitglieder Eintrittskarten zu 250 M. abgegeben werden. In ihrem Interesse sollte die Arbeiterkassen von dieser rechtswidrigen Maßnahme des Ausstellungsbereiches Gebrauch machen. Ein gemeinsamer Besuch von Sektionen und Gruppen kann nur empfohlen werden.

Bankgewerbe. Im Reichsarbeitsministerium wurde gestern für das Bankgewerbe ein Schiedspruch gefällt, wodurch bestimmt wird, daß die vorläufigen Prüfbestände in Höhe der endgültigen Märzgebühren festgesetzt werden. Ein etwaiges Steigen der Reichsinduzierung soll in den Weiterverhandlungen abgelehnt werden.

Gewerkschaftsversammlung in Ramen. Sonntag, vom 17. bis 19. April, findet in Ramen im ehemaligen Kontor des Nummernvereins, Nordstraße 17, eine wichtige Versammlung der Vorstände der Ortsausschüsse der Gewerkschaften statt. Erwartet werden die Vorstände der Ortsausschüsse Pulsnitz, Großröhrsdorf, Königgrätz, Schwepnitz, Elstra und Ramen.

Nur der rechtzeitige Einkauf in allen Abteilungen meines Hauses macht es mir möglich, meiner Kundschaft

Qualitätsware zu außerordentlich billigen Preisen

auch heute noch anbieten zu können!

Herren-Sakko-Anzüge , nur gute, haltbare Qual., 150 000, 95 000, 69 000, 59 000, und höher 49 000	Herren-Sport-Anzüge in den neusten Mustern u. Formen, 150 000, und höher 98 000	Jünglings-Sakko-Anzüge bes. strapazierf. St., 118 000, 89 000, 79 000, 59 000, und höher 45 000
Ulster und Paletots neueste Fassons . . . 125 000, 89 000, 59 000, und höher 39 000	Herren-Breechesosen in Manchester, besonders gute Qualität . . . 59 000, 49 000, und höher 39 000	Ulster und Schlüpfer in den mod. Ausführungen . . . 120 000, 69 000, und höher 39 000
Regenmäntel imprägniert 93 000, 79 000, und höher 59 000	Bozener Mäntel u. Pelerinen aus nur wetterfesten Stoffen . . . 69 000, und höher 45 000	Schul-Anzüge moderne Muster 85 000, 59 000, und höher 29 000
Herren-Joppen halbschwer und warm gefüttert, 49 000, 39 000, und höher 29 000	1 Posten Wasch-Sakkos . . . 13 000	Schlüpf- u. Jacken-Anzüge in bekannt reicher Auswahl. 75 000, 55 000, und höher 35 000
Hosen schöne Streifen, gute Stoffe, 49 000, 39 000, 15 000, und höher 12 000	1 Posten Lüster-Sakkos . . . 29 000	Schulhosen aus starken Resten gefertigt . 13 000, 12 000, und höher 8 900

Besonders günstiges Angebot:
 1 Posten Wasch-Sakkos . . . 13 000
 1 Posten Lüster-Sakkos . . . 29 000
 Stoff-Verkauf per Meter von M. 7900.— an

Sichern Sie sich durch Anzahlung preiswerte Waren zur späteren Abholung

Hervorragende Auswahl modernster und bester Stoffe
 Besichtigung erbeten
ELEGANTE MASZ-SCHNEIDEREI
 Spezialität: Gesellschaftskleidung
 Garantie für tadellosen Sitz Anfertigung innerh. 24 Stunden
 Auskunft bereitwilligst

ESDERS

Ecke Prager-, Waisenhausstraße
 Ecke Prager-, Waisenhausstraße

